32. Jahrgang — Bochum, den 18. Dezember 1920 — Nummer 51

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementspreis monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 3 Mk., vierteljährlich 9 Mk. — Versammlungsanzeigen kosten pro Zeile 75 Pf. — Zeu- und Gesuchsanzeigen werden nicht angenommen.

Verantwortlich für den Inhalt: Otto Hue, Essen; Druck: H. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, beide in Bochum, Wiemelhauser Str. 38—42. Telephon-Nr. 89, 93 u. 204. Telegr.-Adr.: Bergverband Bochum.

# Kohle bedeutet Leben.

Die Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes sind durch den Krieg und mehr noch durch den Friedensvertrag von Versailles tödlich eingeengt worden. Die deutsche Republik, die für mehr als ein Drittel ihrer Volksmenge Lebensmittel, und für die Gesamtheit des Volkes die Bekleidung oder doch die dazu notwendigen Rohstoffe einführen muß, ist ihrer industriellen Zahlungsmittel auf dem Weltmarkt beraubt. Aus Mangel an Kohle und Eisen ist unsere Ausfuhrindustrie zusammengebrochen, die uns vor dem Krieg die vollwertigen Zahlungsmittel an die Hand gab, mit denen wir unseren Einfuhrbedarf zu Weltmarktpreisen zahlen konnten. Heute hängen wir mehr als je von der Einfuhr an Lebensmitteln, Textilien und anderen Rohstoffen ab und müssen in der Hauptsache mit Papiergeld, d. h. zum zehn- bis dreizehnfachen Weltmarktpreis zahlen. Die Entwertung unseres Geldes, die Entwertung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter, die wahnsinnige Steigerung der Preise mit all ihren furchtbaren Begleiterscheinungen, hängen aufs engste zusammen mit dem Zusammenbruch unserer Produktion, deren wesentlichste Ursache die Kohlennot ist, die durch den Friedensvertrag aufs unerträglichste verschärft wird. Einschließlich der Förderung des Saarbeckens müssen wir heute 32 Mill. Tonnen Kohle an die Entente abgeben. Diese Zwangslieferung wird sich im nächsten Jahr noch um 6 Mill. Tonnen erhöhen. Eine Viertel Million deutscher Bergarbeiter müssen für den Kohlenbedarf der kontinentalen Ententeländer arbeiten, ohne daß wir für diese ungeheure Kohlenmenge eine Barzahlung erhalten, abgesehen von einer geringen Vergütung zur Besserung der Ernährung unserer Bergarbeiter. Gelingt es dem von der Entente gehätschelten Polen, uns Oberschlesien zu entreißen, so gehen uns jährlich weitere 45 Millionen Tonnen Kohle verloren. Wir stehen dann vor der Vernichtung der Arbeits- und Lebensmöglichkeit von mindestens vier Millionen Arbeiterfamilien in Deutschland. Auch wenn wir Oberschlesien behalten, muß die Kohlenförderung Deutschlands sehr wesentlich gesteigert werden, wenn wir uns dem begonnenen Absterbungsprozeß entziehen wollen. Das haben insbesondere die organisierten deutschen Bergarbeiter begriffen, die in allen Revieren Deutschlands wöchentlich sieben Stunden Ueberarbeitleisten, um durch ihr Opfer breite Volksschichten vor dem Untergange zu bewahren. Auf den heute im Steinkohlenbergbau verfahrenen Ueberschichten beruht die Arbeitsmöglichkeit von drei Millionen Industriearbeitern. Aber das nicht hoch genug einzuschätzende Opfer der Bergarbeiter reicht nicht aus, um der Kohlennot und den Nöten der Wirtschaft ein Ende zu machen. Auch die bisherige Masseneinstellung von Arbeitskräften im Bergbau, die ihre Grenze in der großen Wohnungsnot der Bergreviere findet, reicht noch nicht aus, um unsere Kohlenbasis so zu verbreitern, daß die Lebensmöglichkeit von 60 Millionen Menschen darauf aufgebaut werden kann. Um wirtschaftlich einigermaßen zu gesunden, brauchen wir eine Mehrförderung von mindestens 30 Millionen Tonnen Steinkohle.

Der Reichswirtschaftsrat forderte daher die Einsetzung von Sachverständigenausschüssen für alle Bergreviere, die aus drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern zusammengesetzt sind und alle betriebs- und bergtechnischen Verhältnisse prüfen sollen. Insbesondere soll auch ihre Aufgabe sein, auf eine möglichst gute Beschaffenheit der Kohle hinzuwirken. Die Ausschüsse können sich für Sonderaufgaben und zum Studium der Neuerungen im ausländischen Bergbau vergrößern.

Der Reichswirtschaftsminister hat zunächst für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau eine Sachverständigenkommission eingesetzt, die von Arbeitgeberseite die Herren Assessor Brandi, Assessor Fickler, Direktor Knepper, von Arbeitnehmerseite Abgeordneter Rosemann, Gewerkvereinssekretär Walter und Steiger Halbfell angehören. Zum Vorsitzenden wurde Herr Oberbergrat Overthun ernannt. Als Vertreter des Wirtschaftsministers gehört der Schreiber dieser Zeilen der Kommission an, die am 8. Oktober zusammentrat.

Die sehr intensiven Arbeiten der Sachverständigenkommission sind noch nicht zum Abschluß gelangt. Doch sind eine Reihe der wichtigsten Kernfragen so weit geklärt, daß die Kommission im Stande ist, in einem Teilgutachten recht beachtenswerte Vorschläge zu machen, deren Verwirklichung die Kohlenförderung in Bälde recht erheblich steigern kann. In den Fragen betriebstechnischer und bergtechnischer Natur lassen sich nach dem Resultate der bisherigen Untersuchungen kaum allgemein geltende und überall durchführbare Vorschläge machen. Verbesserungen der technischen Betriebseinrichtungen erfordern zudem unter den heutigen Verhältnissen soviel Zeit und Geld, daß ihre Auswirkung kaum abgewartet werden darf. Auch dem Studium und der Uebertragung ausländischer Neuerungen stehen sehr erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Die Arbeiten der Kommission konzentrierten sich daher in erster Linie auf die Frage der Beschaffung neuer Arbeitskräfte, ohne daß der sehr überbürdete Wohnungsmarkt hierdurch mehr belastet wird, und auf die Frage der Ausbildung zu gelernten Bergarbeitern (Hauern).

Da bei der gewaltigen Wohnungsnot und der langsamen Auswirkung der Siedlungstätigkeit (deren Mittel ganz unzureichend sind), weitere Arbeitermassen mit ihren Familienangehörigen im Ruhrrevier kaum untergebracht werden können, wird die Frage der Eingliederung weiterer Arbeitskräfte in den Ruhrbergbau im Wesentlichen zu einer Verkehrsfrage. In der weiteren Umgebung des Kohlenreviers gibt es gewisse Mengen von Arbeitslosen, die in absehbarer Zeit kaum Arbeitsgelegenheit in ihrem bisherigen Beruf finden können. Auf diese Arbeitslosen sowie die in den übrigen Industriezweigen des Ruhrreviers überflüssig werdende Arbeitskräfte muß zunächst Bedacht genommen werden. Denn für sie ist die Wohnungsfrage nicht erst noch zu lösen. Aus den Industriegegenden um Bielefeld, Münster, Soest, Lippstadt, Hagen, Elberfeld-Barmen können dem Ruhrbergbau dauernd viele Arbeitskräfte eingegliedert werden, wenn geeignete und möglichst schnelle Verkehrsverbindungen in die nächstgelegenen Zechengebiete geschaffen werden. Eine erhebliche Rolle werden dabei die Einlegung von Arbeiter-Eilzügen spielen können. Ferner mußten die zur Lösung von Arbeiterfahrkarten bezw. Wochenkarten geltenden Bestimmungen für den Bergbau erleichtert werden. Verhandlungen mit den in Frage kommenden Eisenbahndirektionen berechtigen zu der Hoffnung, daß alle erfüllbaren Wünsche der Zechenverwaltungen und Arbeitervertretungen in weitestzigster Weise berücksichtigt werden. Auch die sehr wichtige Frage, in welchem Umfange für Arbeiter, die außerhalb des Ruhrreviers wohnen, die Woche über Verpflegung und Unterkunft in der Nähe des Arbeitsortes beschafft werden kann, wird eingehend geprüft und der Lösung entgegengeführt, ohne daß sittliche oder sozialpolitische Gefahren aus einer Erweiterung des Kostgängerwesens befürchtet zu werden brauchen.

Die Betriebe selbst sind im allgemeinen so vorgerichtet, daß eine Belegschaftsvermehrung von etwa 50 000—60 000 Kräften in verhältnismäßig kurzer Zeit eintreten könnte, wenn die sonstigen Vorbedingungen geschaffen werden. Arbeitskräfte in dieser Zahl sind auch in der weiteren Umgebung des Kohlenreviers zu gewinnen, wobei evtl. die Mittel der produktiven Erwerbslosenunterstützung nutzbar gemacht werden können. Der Werbetätigkeit wird dabei ein besonderes Augenmerk geschenkt werden müssen.

Die Kernfrage des ganzen Problems aber ist die Ausbildung zu eigentlichen Bergarbeitern. Fast alle Betriebe sind mit ungelernten Arbeitern überfüllt, während es an Hauern fehlt. Die Zahl der Hauer ist zwar bei der starken Belegschaft absolut gestiegen, relativ aber immer weiter zurückgegangen. Während in der Vorkriegszeit etwa 52 vom Hundert der Belegschaft Hauer waren, dürften infolge der starken Belegschaftsvermehrung jetzt nur etwa 39 bis 40 Prozent als eigentliche Hauer anzusprechen sein. Unter 340 000 Mann der Friedensbelegschaft waren also ungefähr 176 000 Hauer; unter der 500 000 Mann starken gegenwärtigen Belegschaft aber sind nur etwa 195 000 Hauer. Von ihnen aber hängt in erster Linie die Steigerung der Kohlenförderung ab. Jede Belegschaftsvermehrung wäre nur Ballast und würde verteuernd wirken, solange nicht die Zahl der Arbeiter bei der direkten Kohlengewinnung gesteigert wird. Neue, berufsfremde Arbeitskräfte können also nur in dem Maße eingestellt werden, als aus der Zahl der schon etwas vorgebildeten Arbeiter Hauer angelernt werden können.

Die Sachverständigenkommission schlägt daher, neben den bisherigen Ausbildungsmethoden, die in stärkerem Maße anzuwenden sind, die Bildung von Lehrkameradschaften vor, die allerdings nicht generell eingeführt werden können und zunächst nur versuchsweise eingeführt werden sollen. Die Ausbildungsmannschaften (in der Regel erfahrene Hauer) sollen im Interesse der Ausbildung materiell nicht geschädigt werden durch etwaige Minderleistungen der Auszubildenden. Auch hier schwebt der Kommission die Nutzbarmachung der Mittel der produktiven Erwerbslosenunterstützung vor, da nur durch die Ausbildung schon im Bergbau Beschäftigter Platz frei wird für die Einstellung neuer Arbeiter, die andernfalls die Erwerbslosenfürsorge belasten würden.

Die Anregungen der Kommission wurden in zahlreichen Besprechungen mit Betriebsverwaltungen und Betriebsräten sehr günstig aufgenommen. Allgemein wurden Versuche mit Lehrkameradschaften zugesagt. Auch in betriebstechnischer und organisatorischer Hinsicht führten die bisherigen Verhandlungen zu ganz erfreulichen gegenseitigen Anregungen.

Der Förderung reinerer Kohle wurde in allen Verhandlungen besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Erfreulicherweise wurde allgemein von allen Beteiligten zugesichert, auf die Gewinnung und den Versand reinerer Kohle mit allen Kräften hinzuwirken.

Nikolaus Osterroth.

# Gesellschaft oder Genossenschaft.

Die wirtschaftlichen Aufgaben, die das Siedlungswesen mit sich bringt, können nicht von einzelnen Personen gelöst werden, vielmehr muß ein Zusammenschluß stattfinden, der die erforderlichen geldlichen und menschlichen Kräfte zusammenführt. Das deutsche Reichsrecht hat für den Zusammenschluß zu wirtschaftlichen Zwecken verschiedene Formen erfunden. Die drei wichtigsten Formen, unter denen der Zusammenschluß die Rechte einer juristischen Person erhält, sind die der Aktiengesellschaft, der G. m. b. H. und der eingetragenen Genossenschaft. Da die Kameraden sich mit diesen Dingen jetzt vielfach zu beschäftigen haben, wird es nicht zwecklos sein, einmal die grundsätzlichen Unterschiede dieser drei mit ein paar Worten darzustellen.

Die Akt.-Ges. ist eine reine Kapitalgesellschaft. In ihrer Gründung übernehmen die Banken ein bestimmtes Kapital, dessen Höhe von dem Gesellschaftszweck abhängt, teilen es in einzelne Abschnitte (Aktien) und bringen diese auf den Markt. Ein jeder kann sie kaufen und verkaufen, erwirbt mit dem Kauf das Recht auf die Dividende, kann, wenn die Gesellschaft schlecht geht, einen Teil oder den ganzen in der Aktie angelegten Geldbetrag verlieren, kann aber darüber hinaus zur Deckung der Schulden, die etwa die Gesellschaft macht, nicht herangezogen werden. In persönliche Beziehung zu dem Geschäft tritt der Aktionär nur in der Generalversammlung, wo er auf je eine Aktie eine Stimme hat, wenn nicht, was sehr selten ist, das Stimmrecht abgestuft ist. Es ist nämlich nach dem Gesetz zulässig, daß verschiedene Gattungen von Aktien bei ein und derselben Gesellschaft ausgegeben werden, die verschiedenes Stimmrecht und auch verschiedenes Dividendenbezugsrecht haben; es ist auch möglich, daß bei einer größeren Zahl von Aktien in einer Hand eine gewisse Beschränkung des Stimmrechts vorgesehen wird. Das sind aber nur seltene Vorkommnisse. Im Allgemeinen hat jede Aktie eine Stimme und der Aktionär mit einer oder wenig Aktien pflegt ganz bedeutungslos zu sein, da die großen Aktionäre, besonders die Banken, die Generalversammlung beherrschen. Da die Aktie vielfach Spekulationspapier ist, d. h. gekauft wird, weil man glaubt, daß sie im Werte steigt und die man losschlägt, wenn man fürchtet, daß sie an Wert verliert, so hat die Gesetzgebung, um den kleinen Sparer nicht zur Spekulation zu verführen, den Mindestbetrag der Aktie auf 1000 Mk. festgesetzt. Nur unter bestimmten Bedingungen und für gemeinnützige Zwecke darf die Aktie kleiner sein. Augenblicklich spielt ja die Kleinaktie zu 100 Mark in den Sozialisierungsdebatten eine große Rolle, weil man durch sie den Arbeiter zum Kleinkapitalisten machen und ihn an seinen Betrieben unmittelbar interessieren möchte.

Als zweite Form des Zusammenschlusses zu wirtschaftlichen Zwecken wurde die G. m. b. H. (Gesellschaft mit beschränkter Haftung) bezeichnet. In ihr finden sich eine Anzahl Leute oder auch juristische Personen zusammen, um ein bestimmtes, sogenanntes „Stamm"-Kapital aufzubringen. Im Gesellschaftsvertrag wird die Stammeinlage jedes einzelnen „Gesellschafters" mit seinem Namen festgelegt und meist die Bedingung daran geknüpft, daß Abtretung der Stammeinlage an einen anderen nur mit Genehmigung der übrigen Gesellschafter erfolgen darf. Jede Erhöhung des Kapitals, jede neue Aufnahme eines weiteren Gesellschafters bedeutet eine Veränderung, die handelsgerichtlich eingetragen werden muß. Das Stimmrecht entspricht allgemein nur der Höhe der einzelnen Stammeinlagen. Am Gewinn ist jeder Gesellschafter entsprechend seinem Stammkapital beteiligt; bei Verlusten der Gesellschaft haftet er mit seiner Einlage; außerdem kann in den Satzungen eine Nachschußpflicht festgelegt sein.

Die dritte Form ist die eingetragene Genossenschaft. Sie ist im Gegensatz zur Aktiengesellschaft eine reine Personen-Gemeinschaft. Jeder Genosse bringt einen verhältnismäßig kleinen Kapitalbeitrag, den sogenannten Geschäftsanteil, auf. Die Genossenschaft ist auf Werbung eingestellt; je mehr Genossen, um so größer das Betriebskapital. Das hat aber auch die Kehrseite: Der Genosse kann kündigen und unter Einhaltung bestimmter Fristen seinen Anteil wieder herausziehen, sodaß das Geschäftskapital im Gegensatz zu den beiden anderen Formen schwankend ist. Eintritt und Austritt der Genossen sind nach der vorschriftsmäßig erfolgten Anmeldung beim Amtsgericht rechtskräftig. Jeder Genosse, er habe Anteile, soviel er will, hat in der Generalversammlung nur eine Stimme. Damit ist das gleiche Recht der Genossen unabhängig von ihrer Kapitalbeteiligung festgelegt. Der Reingewinn ist gleichmäßig auf die Anteile zu verteilen. Bei Verlust werden die Geschäftsanteile in Anspruch genommen (abgeschrieben). Reicht das nicht aus, so ist bei der verbreitetsten Form der Genossenschaft, nämlich der mit beschränkter Haftung, jeder Genosse noch mit einem weiteren in der Satzung festgelegten Betrage haftbar, der aber mindestens ebenso groß sein muß wie der Geschäftsanteil.

Welche von den drei Formen in jedem einzelnen Falle anzuwenden ist, hängt von den Zwecken ab, die erreicht werden sollen, oder von den Umständen, die man berücksichtigen muß. Industrielle, die gemeinsam für Arbeiter und Angestellte Wohnungen bauen wollten, haben sich schon vor Jahrzehnten erfolgreich der Aktien- und Gesellschaftsform bedient, weil es sich für sie darum handelte, ein größeres Betriebskapital zusammen zu bringen. Wurde das Unternehmen als gemeinnütziger Bauverein aufgebaut und die sozial interessierten Kreise der Bevölkerung zur Beteiligung herangeholt, so blieben die Unternehmer bei der gewählten Gesellschaftsform meist mit ihren größeren Kapitalien ausschlaggebend für die Arbeiten des Vereins, den sie damit zugleich in den Dienst ihrer Industrie-Unternehmungen stellten.

Wenn jetzt bei der Ausführung der Bergmannsheimstätten Wert auf die Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gelegt wird, weil die Arbeitsgemeinschaft Bergbau Träger der mit der Verteilung beauftragten Treuhandstelle ist, so ist etwa für die in den 16 Bezirken des Ruhrreviers gegründeten Siedlungsunternehmungen nur die Form der Gesellschaft m. b. H. möglich. Denn nur sie gestattet, von vornherein die Kapitalbeteiligung so festzulegen, daß dauernd die eine Hälfte den Arbeitgebern, die andere den Arbeitnehmern verbleibt. Andererseits aber handelt es sich um den Bau von Arbeiterwohnungen, bei denen die Arbeitgeber eigentlich recht wenig Positives beizutragen haben; um so weniger, als ja auch das Geld (der Kohlenüberpreis) nicht von ihnen, sondern von der Gesamtheit der kohlenverbrauchenden Bevölkerung aufgebracht wird. Wenn aber Arbeiter sich zur Förderung ihres Wohnungswesens, zum Bau von Wohnungen zusammenschließen, so ist für sie die geeignetste Form die der eingetragenen Genossenschaft mit beschränkter Haftung. In ihr herrscht für die Genossen volle Gleichberechtigung, daher aber auch das gleiche Maß an Pflichten. Jeder muß mitarbeiten, sei es in der Verwaltung, d. h. in einer der notwendigen Kommissionen, in Vorstand oder Aufsichtsrat, oder in der Aufklärung und Werbetätigkeit, die zur Vergrößerung der Genossenschaft und damit ihres Betriebskapitals notwendig ist.

In der durch die Bergmannsheimstättengesetzgebung hervorgerufenen Bewegung hat man sich nun aber mitunter Formen des Zusammenschlusses zurecht gemacht, gegen die erhebliche Bedenken vorliegen. Z. B. eine gemeinnützige Siedlungs- und Landgesellschaft m. b. H., an der zwei Bergbauunternehmer mit zusammen 149 000 Mk. Stammeinlage, 2 Arbeitnehmer des Bergbaues (als Vertreter ihrer Organisationen) mit zusammen 1000 Mk. Stammeinlage, also im ganzen 4 Gesellschafter mit zusammen 150 000 Mk. Stammkapital beteiligt sind. Hier hat man den Versuch gemacht, die Parität herzustellen, indem man in den Aufsichtsrat je 8 Arbeitgeber und -nehmer setzte und diesen möglichst viele Befugnisse übertrug. Jedoch ist diese Möglichkeit im Gesetz beschränkt. Letzten Endes entscheidet über lebenswichtige Fragen einer solchen Gesellschaft doch die Gesellschaftsversammlung, und in dieser stehen 10 Arbeitnehmerstimmen gegen 149 Arbeitgeber. Wo sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer in privatrechtlicher Form zur Durchführung gesetzlich angeregter oder vorgeschriebener Aufgaben zusammentun, ein Vorgang, den man unter Umständen als sehr erfolgversprechend ansehen kann, da sollte die Grundlage der Parität die gleiche Kapitalbeteiligung sein. Dazu müssen die Arbeitnehmerorganisationen schon etwas in ihre Sparbüchsen greifen.

Ebenso bedenklich erscheint die an anderer Stelle gewählte Form der paritätisch aufgebauten Genossenschaft. Um für 10 Bergleute in der Nähe der Grube Heimstätten zu bauen, hat die Grube mit den 10 Arbeitern eine Genossenschaft gebildet. 10 Anteile nimmt die Grube, die Arbeiter je einen. Das sind bei

600 Mk. Geschäftsanteil 10 000 Mk. Betriebskapital. Sie würden sonst für eine Baugenossenschaft nicht ausreichen, tun es hier aber, da ja fast das ganze Baugeld von der Treuhandstelle hergegeben wird. Diese Genossenschaft nimmt keine weiteren Genossen auf; sobald aber die ersten 10 Häuser fertig sind und in den nächsten Jahren weitere gebaut werden sollen, denkt man daran, die Genossenschaftsanteile an die nächsten Anwärter zu übertragen. Mit einer solchen Genossenschaft hat man dem Gedanken des Genossenschaftsgesetzes in unzulässiger Weise Gewalt angetan. Hier wäre es richtiger, ohne Rücksicht auf die „Parität" in einer Genossenschaft alle diejenigen Kameraden zusammenzufassen, die Häuser erwerben wollen; der Genosse weiß, daß nicht gleich im ersten Jahre sich alle Wünsche erfüllen lassen und er unter Umständen warten muß. Er macht aber von Anfang an schon den Hausbau mit, lernt die Sorgen und Mühen kennen, die damit verbunden sind, und das kommt ihm, wenn sein eigenes Haus dran ist, sehr zu statten. Wenn sich der Arbeitgeber an einer Genossenschaft mit einer Anzahl von Anteilen beteiligen will, so soll das mit Vergnügen gestaltet werden, aber es geht auch ohne das.

Alfred Thimm.

# Intern. Gewerkschaftskongreß.

Der vom 22. bis 27. November in London stattgefundene außerordentliche Internationale Gewerkschaftskongreß, worüber wir schon in Nr. 49 und 50 der „Bergarb.-Ztg." berichteten, war eine der bedeutsamsten Tagungen, die die Welt der Arbeit je hatte. Schon das äußere Bild der Tagung weist die erhöhte Bedeutung der Internationale der Gewerkschaften auf. Wohl noch niemals war eine Zusammenkunft des Internationalen Gewerkschaftsbundes so zahlreich besucht, noch standen solche bedeutsame Fragen auf der Tagesordnung, wie auf diesem außerordentlichen Kongreß. Im ganzen sind 18 Länder mit zusammen 98 Delegierten vertreten. Zum erstenmale auch sind die Sekretäre der gewerkschaftlichen Berufs-Internationale zugezogen, und zwar haben 18 Internationale Gewerkschaftssekretariate ihre Vertreter entsandt. Von den deutschen Gewerkschaften der Tschecho-Slowakei wohnen zwei Genossen, von der deutschen Afa Genosse Aufhäuser als Gäste bei.

Ohne Zweifel hat der Krieg und das Versagen und die Ohnmacht des Internationalen Proletariats, seinen Ausbruch zu verhindern oder wenigstens seine Dauer abzukürzen, die tiefe und ernste Erkenntnis breiter Proletarierschichten von der Notwendigkeit festen internationalen Zusammenschlusses und der Betätigung internationaler Solidarität ausgelöst. Dieses Moment und speziell auch die Entwicklung der beiden letzten Jahre trug neben der Zersplitterung der nationalen und internationalen politischen Organisationen des Proletariats dazu bei, den seit Ausgang des vorigen Jahrhunderts ins Leben gerufenen internationalen Zusammenschluß der Gewerkschaften nunmehr auf eine neue festere Grundlage zu stellen. Waren bei all den Konferenzen vor dem Kriege hauptsächlich reingewerkschaftliche und sozialpolitische Fragen auf der Tagesordnung, wie Verkürzung der Arbeitszeit, Internationale Arbeitsvermittlung, Heimarbeiterfrage, Verhinderung des Imports von Streikbrechern usw. und wurde gar auf der Amsterdamer Konferenz von 1905 der Aufgabenkreis noch wie folgt eng umrissen:

„Aufgabe der Konferenz ist, zu beraten über den engeren Zusammenschluß der Gewerkschaften aller Länder, über einheitlich zu führende Gewerkschaftsstatistiken, über gegenseitige Unterstützung in den wirtschaftlichen Kämpfen und über alle unmittelbar mit der gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeiterschaft in Zusammenhang stehende Fragen.

Ausgeschlossen von der Beratung sind alle theoretischen Fragen und solche, welche die Tendenzen und die Taktik der gewerkschaftlichen Bewegung in den einzelnen Ländern betreffen."

So zeigte allein schon die Tagesordnung dieses Kongresses, daß ein gewaltiger, grundlegender Wandel im ganzen Wesen und darum auch im Aufgabenkreis der Gewerkschaftsinternationale sich vollzogen. Denn wenn Fragen wie die Rohstoffverteilung, der Kampf gegen die Reaktion, Valutafrage, Sozialisierung auf die Tagesordnung gestellt wurden, so beweist dies, daß im Verlaufe der historischen Entwicklung auch der Internationale Gewerkschaftsbund starke revolutionäre Antriebe erfahren hat. Das internationale Proletariat sieht ein, daß wir in die Phase einer außerordentlichen Verschärfung der Klassengegensätze eingetreten, die auch die gewerkschaftlichen Kämpfe immer mehr dem Charakter von Machtkämpfen zwischen Proletariat und Kapital nähert. In diesem Stadium gilt es allerdings, sich vor jeder Kräftezersplitterung durch allzu häufige vereinzelte Lohnstreiks national wie international zu bewahren, um nicht die Gefahr heraufzubeschwören, sich um die Erringung kleiner, unbedeutender Vorteile abzukämpfen und dadurch im Moment des entscheidenden Einsatzes um die Erreichung des großen sozialistischen Endzieles minder gerüstet oder gar aktionsunfähig zu sein.

In der prägnantesten Weise kam der große Fortschritt, der sich in der ganzen geistigen Einstellung der internationalen Gewerkschaften vollzogen, in dem einmütigen Beschluß der unmittelbaren Aufnahme des Kampfes um die Sozialisierung zum Ausdruck. Darin offenbarte sich nicht nur die Einsicht, daß innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ein wirklicher Wiederaufbau und eine Sicherung auskömmlicher Existenz für alle Schaffenden nicht möglich ist, sondern auch das gestärkte Bewußtsein von der ungeheuren Macht, die die geeinte Arbeiterklasse darstellt, wenn sie entschlossen ist zu kämpfen für ein großes Menschenziel und entschlossen, dafür unter Einsatz der ganzen Persönlichkeit zu kämpfen.

Von besonderer, weit über den Rahmen der Gewerkschaftsbewegung hinausgehender Bedeutung war schließlich noch die Behandlung der Frage der drohenden Besetzung des Ruhrgebiets, worüber wir schon in Nr. 50 der „Bergarb.-Ztg." berichteten. Die von dem Internationalen Gewerkschaftsbund auf Grund des durch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund an ihn gerichteten Appells in das Ruhrrevier entsandte Kommission, bestehend aus den Genossen Jouhaux und Merrheim-Frankreich, Mertens-Belgien und Zimmen-Holland, hatte das Ergebnis einer eingehenden Prüfung der Produktionsverhältnisse im Ruhrrevier, wie speziell auch der Lage der Arbeiterschaft in einem schriftlichen Bericht niedergelegt, der außerordentlich wertvolles Material enthielt, auf das später noch eingehender zurückzukommen sein wird. In diesem Bericht bereits, und stärker noch in den von Jouhaux gegebenen Ergänzungen und der Diskussion brachten speziell die Vertreter der Entente-Arbeiterschaft ihre volle Solidarität mit dem deutschen Proletariat zum Ausdruck, falls der Ententeimperialismus dazu übergehen sollte, das Ruhrrevier zu besetzen und die deutschen Arbeiter unter dem Zwang der Bajonette zur Arbeit zu zwingen. Treten in einem solchen Falle die deutschen Arbeiter in den Generalstreik ein, würden sich die französischen Arbeiter insbesondere gegen ihre Regierung und auf die Seite ihrer deutschen Brüder stellen.

Mit diesem entschiedenen, vor der ganzen Welt abgelegten Gelöbnis kam zum Ausdruck, welche große Macht die internationale, geeinte Arbeiterklasse auch heute bereits sein kann, um aktiv in die Außenpolitik der Herrschenden einzugreifen.

Darum gilt es auch, die in dem Internationalen Gewerkschaftsbund organisierten 28 Millionen Arbeiter zu bewegten, selbständig denkenden und opferbereiten Kämpfern zu erziehen und alle Versuche abzuwehren, durch Zersplitterung dieser geeinten Macht dem Klassengegner Vorschub zu leisten.

Wenn auch auf dem Kongreß die Meinungen über Fragen der Taktik in dem einen oder anderen Punkt auseinandergingen, wenn auch nicht alle mit den Einzelheiten der gefaßten Resolutionen einverstanden waren, so trat doch auf allen Seiten das Bestreben zutage, in ernster Solidarität und aufrichtigem Wollen, aus der Vergangenheit lernend, die Arbeiter der ganzen Welt zum Kampfe gegen Reaktion, Imperialismus und Kapitalismus zusammenzuscharen.

Arbeite nun jeder an seinem Teil für dieses Ziel, dann wird der nächste Kongreß noch größere Klarheit und Geschlossenheit an den Tag legen, die neue Ordnung ihrer Verwirklichung nahe sein!

### Kongreßbericht.

Der Vizepräsident Jouhaux-Frankreich richtete anstelle des kurz vor Stattfinden des Kongresses zurückgetretenen Präsidenten Appleton eine herzliche Begrüßungsansprache an die Delegierten. Angesichts der immer stärker werdenden Reaktion müsse es die Aufgabe des Kongresses sein, die Kräfte zusammenzufassen, wie schwer auch die in vielen Ländern entgegenstehenden Hindernisse sein mögen. Es gelte, die Vergangenheit zu vergessen und eine internationale Moral aufzustellen, der alle Arbeitenden beitreten können, sie instand setzend, sich um eine zentrale Idee zu scharen: Nur durch die befreite Arbeit könne die zerstörte Welt wieder aufgebaut werden, wie sehr auch die Erwartungen der Arbeiter enttäuscht wurden, die da hofften, daß eine neue Ordnung nach den Schrecken des Krieges den Völkern beschert sein würde. Die Regierungen seien weit entfernt von einem feinen Verständnis für die Gefühle der Arbeitenden. Wieder ist der Egoismus von ihnen zum höchsten Prinzip erhoben, die Geheimdiplomatie feiert Triumphe, alle die heiligen Versprechungen, die man den leidenden Völkern machte, sind über Bord geworfen. Man herrscht nach dem machiavellistischen Grundsatz: Teile und herrsche! Zwei Jahre nach dem Waffenstillstand kenne die Welt noch keinen Frieden, noch einmal konnte das Recht der Völker, selbst über ihre Geschicke zu entscheiden, mit Füßen getreten werden. Und darum erschallen aus allen Ländern Rufe des Protestes und der Empörung ob des materiellen und moralischen Elends. Diesen Rufen hat die Amsterdamer Internationale durch Einberufung dieses außerordentlichen Kongresses stattgegeben. Wahre Solidarität und Zusammenarbeit der Nationen kann erst dann eintreten, wenn die kapitalistischen Privilegien niedergerungen sein werden. Diese neue Ordnung muß basiert sein auf der Beseitigung der militärischen Rüstungen der internationalen Verteilung der Rohstoffe und der Sozialisierung der Transport- und Produktionsmittel. Jouhaux schloß:

„Die Augen aller Arbeiter sind auf diesen Kongreß gerichtet. Es gilt zu zeigen, daß wir nicht nur gewillt sind, klare Resolutionen zu formulieren, sondern auch den starken Willen und die Energie für ihre Durchführung aufzubringen."

Gemäß der Gepflogenheit wird die englische Delegation gebeten, den Präsidenten für die Tagung vorzuschlagen. Einmütig bringen die Engländer Thomas, den Sekretär der Eisenbahner, als Vorsitzenden des Kongresses in Vorschlag.

Auch Thomas betont in einer schlichten Begrüßungsansprache, daß es zur Heilung der durch den Krieg geschlagenen Wunden am wesentlichsten sei, zu vergessen, was die letzten Jahre die Völker voneinander trennte. Habe doch der Krieg für Sieger wie Besiegte nur Leid gebracht. Der Kongreß müsse durch seine Arbeit beweisen, daß die großen Ziele des proletarischen Kampfes noch dieselben seien wie vor dem Kriege und die Arbeiterschaft gewillt sei, mit doppelter Energie dafür zu kämpfen.

Nachdem der Sekretär Fimmen mitgeteilt, daß 18 Landesorganisationen mit 98 Delegierten und außerdem die Sekretäre der Internationalen Berufsverbände auf dem Kongreß vertreten sind, daß die Gewerkschaften aus Litauen, Argentinien und Jugo-Slawien bedauern, verhindert zu sein, an der Tagung teilzunehmen, fragt Solau-Belgien an, worauf es zurückzuführen, daß die Amerikaner nicht anwesend seien. Fimmer erwidert hierauf, daß man seitens Amsterdam den Amerikanern wohl alle Sendungen, 20 an der Zahl, darunter sehr eilige und wichtige, habe zugehen lassen, daß aber in der ganzen Zeit als Antwort vier nichtssagende Briefe eingelaufen seien. Eine Antwort auf die Einladung zum Kongreß haben die Amerikaner überhaupt nicht erteilt, nur aus der Weltpresse und nachher auch aus der offiziellen Zeitung der American Federation of Labor habe er ersehen, daß der Vorstand der amerikanischen Gewerkschaften beschlossen habe, dem Kongresse nicht beizuwohnen, auf dem sie nicht in der Lage seien, über die Organisationsverhältnisse und die Grundsätze des Bundes zu diskutieren und dieser Kongreß sich nur mit bestimmten Fragen beschäftigen wolle.

Auf die Frage des canadischen Delegierten, ob nicht etwa die Beitragsfrage Ursache des Fernbleibens der amerikanischen Delegation sei, erwidert Fimmen, daß dies deshalb nicht sein könne, weil die Beitragshöhe in Amsterdam gerade in Gemäßheit des Vorschlages von Samuel Gompers festgelegt wurde und man eher Grund habe anzunehmen, daß die für Gompers zu revolutionäre Einstellung des Bundes die Erklärung für das Fernbleiben der Amerikaner gebe.

Am zweiten Tage spricht Fimmen über „Die Weltlage und die Internationale Gewerkschaftsbewegung". Er weist darauf hin, wie zunächst nach Kriegsende die Bourgeoisie zu Konzessionen bereit zu sein schien, dann aber sehr bald der Umschlag einsetzte und heute in fast allen Ländern die Reaktion wieder das Haupt erhebt. Ungarn ist nur ein Beispiel dafür und darum sah sich auch die Amsterdamer Internationale veranlaßt, den Boykott gegen Horty-Ungarn zu erklären. Indessen wird mit Billigung der Entente in Ungarn weiter versucht, die Arbeiterklasse niederzuhalten. Aber nicht nur in Ungarn, nicht nur in Finland, sondern überall hat die Bourgeoisie blutige Rache genommen, dort wo das Proletariat, seine eigenen Kräfte überschätzend und in der irrigen Meinung, daß es möglich sei, von heute auf morgen die soziale Revolution zum Ziele zu führen, die Macht ergriffen hatte.

In ganz verzweifelter Lage befinden sich die Arbeiterorganisationen Spaniens, wo jede gewerkschaftliche Neugründung unmöglich gemacht, die Funktionäre in die Gefängnisse geworfen werden und der Terrorismus Regierungssystem ist.

Wenn auch in den westeuropäischen Ländern die Arbeiter noch mehr Rechte besitzen, so zeigte sich auch dort das Bestreben, durch die Gesetzgebung das ureigenste Recht der Arbeiterschaft, das Streikrecht, zu rauben. Wenn auch der Achtstundentag in Washington beschlossen und international durchgeführt werden sollte, so wird doch jetzt, nachdem der erste Schreck der Bourgeoisie längst überstanden ist, überall dieser Beschluß zu sabotieren versucht.

Wie sieht die Arbeiterklasse zu dieser internationalen Reaktion? Schon im März 1919 vereinigte sich wieder in Amsterdam die Internationale der Transportarbeiter, auch die der Bergarbeiter, Metallarbeiter etc. sind inzwischen ihrem Beispiel gefolgt und zeigten damit, daß wenigstens die Arbeiter nichts mehr vom Krieg wissen und keine Kluft mehr trennen wollen, die sie trennt. In gleicher Weise wurde auch der Internationale Gewerkschaftsbund im August 1919 in Amsterdam wieder aufgerichtet. Sofort wurde protestiert gegen die Blockade Rußlands und die Sozialisierung der Produktionsmittel verlangt. — Während indessen vor dem Kriege die Aufgaben der Gewerkschaften, nationale wie internationale, im wesentlichen auf rein gewerkschaftliche Ziele der Lohnbewegung, Arbeiterschutz-Gesetzgebung etc. beschränkt war, müsse jetzt die Gewerkschaftsbewegung auch auf internationaler Basis in erster Linie den Widerstand des internationalen Proletariats gegen die kapitalistische Ordnung als solche organisieren. Die Gewerkschaftsbewegung müsse es als ihre erste Aufgabe betrachten, die Macht der Arbeiter im Kampf gegen die Reaktion für die neue Gesellschaftsordnung anzuwenden. Dabei müsse man sich darüber klar sein, daß die 28 Millionen in der Amsterdamer Internationale organisierten Arbeiter noch nicht alle von der Notwendigkeit dieses großen revolutionären Kampfes überzeugt seien; sie hierzu und auch zu voller Opferwilligkeit bereit zu machen, müsse die wichtigste Aufgabe sein.

In gleicher Weise sei es bedauerlich, daß die Arbeiter Amerikas wie Rußlands durch die Haltung ihrer Führer noch von ihren übrigen Klassenbrüdern ferngehalten werden. Sofort nach Gründung des Bundes habe man wiederholt versucht, mit den russischen Gewerkschaften Fühlung zu bekommen, telegraphisch und brieflich die Solidarität zum Ausdruck gebracht ohne indessen bis heute auch nur einer einzigen Antwort gewürdigt zu sein. Nur aus den offiziellen Kundgebungen habe man alle die Beschimpfungen und den Blödsinn entnommen, den die Moskauer über die neue Gewerkschaftsinternationale verbreiten, was jedoch diese „gelbe" Internationale nicht gehindert habe, als Einzige sich fähig zu erweisen, Sowjet-Rußland wirksame Hilfe zu bieten durch die Proklamierung des Boykotts des Transports und der Herstellung von Kriegsmaterial für Rußlands Feinde.

Graßmann (Deutschland) erklärte in der darauf einsetzenden Diskussion, daß er der von Fimmen vorgelegten Resolution vorbehaltlich einiger kleiner redaktioneller Aenderungen zustimmen könne. Er schilderte kurz die Lage der Arbeiterklasse in Deutschland und beweist durch die Haltung der Gewerkschaften während des Kapp-Putsches, daß auch die deutschen Gewerkschaften begriffen haben, welche neuen Aufgaben ihnen die Stunde auflege. Man müsse sich indessen nicht nur gegen die Reaktion, sondern auch gegen Putsche von links wenden. Hinsichtlich der Stellung zu den Russen gibt er bekannt, daß inzwischen das Statut der Moskauer Gewerkschaftsinternationale bekannt geworden sei und folgert, daß es notwendig wäre, durch Aufklärung gegen diese Bestrebungen vorzugehen. Die deutsche Delegation schlägt vor, daß sich der Kongreß die Erklärung zu eigen mache, die das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Zurückweisung der Moskauer Angriffe ausgesprochen habe.

Bastero-Spanien bedauert, daß die Spanier wenig an der ausbauenden Arbeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes mitwirken können, weil die schwärzeste Reaktion sie daran hindere. Er entwirft ein Bild von dem unerhörten Wüten der Regierungsorgane, die jede aufkeimende Arbeit der Gewerkschaften gewaltsam verhindern.

D'Aragona-Italien stellt mit Genugtuung fest, daß die Gewerkschaftsinternationale heute die Notwendigkeit einsieht, den gewerkschaftlichen mit dem politischen Kampf zu verbinden. Doch ist ihm die Resolution nicht präzise genug, welcher Art diese Resolutionen sein sollen. An dem Wüten der Reaktion seien auch diejenigen Gewerkschaftsleitungen schuld, die die Interessen der Arbeiterbewegung durch Unterstützung der Kriegspolitik preisgegeben haben. Was die Haltung gegenüber den Russen angehe, so haben sich die Vertreter der Gewerkschaften selbst ein Teil Schuld zuzuschreiben durch ihre falsche Politik während des Krieges. Wenn man auch über Einzelheiten der russischen Revolution verschiedener Meinung sein könne, einig sei man doch darüber, daß dort ein gewaltiges historisches Ereignis sich abspiele, das die Sympathie und Solidarität der ganzen Arbeiterklasse verdiene.

Nach einigen kurzen Bemerkungen der Vertreter Canadas, Norwegens und dem Schlußwort Fimmens wird die vorgelegte Resolution mit 21 906 000 gegen 2 710 000 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen Italiener und Norweger. Die Resolution stellt in ihrer einleitenden Partie das Wiederaufleben der Reaktion fest, die mit allen Mitteln zu bekämpfen Pflicht der dem Internationalen Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Gewerkschaften ist. Als wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Reaktion wird der Massenstreik und der internationale Boykott erklärt und aufgefordert, im engsten Zusammenwirken mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund eine Macht zu formen, die imstande ist, einen internationalen Kampf gegen die Weltreaktion zu führen, Krieg dem Kriege erklären und für die Verwirklichung einer auf neuen Grundlagen zu errichtenden Gesellschaftsordnung zu kämpfen.

Der dritte Tag wurde vollkommen mit den Kommissionssitzungen in Anspruch genommen, sodaß eine Plenarsitzung nicht stattfinden konnte. Von deutscher Seite wurde in die Kommission entsandt: Achtstundentag-Pazifismus: Graßmann. Sozialisierung: Ditzmann. Valutafrage: Urban. Rohstoffversorgung: Hue. Zurückweisung der Moskauer Angriffe: Paeplow.

Vor Eintritt in die Tagesordnung am vierten Verhandlungstag gab der Vorsitzende von einem aus dem Ural eingetroffenen Brief von den Ural-Gewerkschaften Kenntnis, in dem diese im Namen von 145 000 organisierten russischen Arbeitern erklärten, daß sie die Abwesenheit der Vertretung der russischen Gewerkschaften auf diesem Kongreß bedauern, die von der russischen Regierung verhindert werde, da sie das russische Proletariat überhaupt nicht davon unterrichtete. Sie hofften indes, daß der Tag nicht fern sei, an dem die russischen Arbeiter wieder zusammen mit der internationalen Arbeiterschaft kämpfen könnten.

Darauf wurde die Resolution über den Achtstundentag im ersten Teil einstimmig, der letzte Paragraph gegen die Stimmen Italiens und Norwegens angenommen. In der Resolution wird festgestellt, daß Unternehmer und Regierungen versuchen, die Beschlüsse der Washingtoner Konferenz zu sabotieren und die angeschlossenen Organisationen verpflichtet, diesen Sabotageversuchen mit allen Mitteln entgegenzutreten. Im Schlußabsatz heißt es dann:

„Der Internationale Gewerkschaftskongreß erklärt, daß er eine weitere Unterstützung der Bestrebungen des Internationalen Arbeitsamtes seitens der Gewerkschaftsbewegung ablehnt, wenn die Ratifizierung der Washingtoner Beschlüsse innerhalb der festgesetzten Frist nicht erfolgt ist."

Ein Antrag der Norweger und Italiener, jede Mitarbeit am Arbeitsamt sofort abzulehnen, wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Die Resolution über den Pazifismus wurde darauf nach kurzer Diskussion in der von der Commission vorgeschlagenen Fassung angenommen. Sie lautet:

„Der internationale Gewerkschaftskongreß stellt fest, daß die Bekämpfung aller Kriege durch die international organisierte Arbeiterschaft nicht mit dem Pazifismus der kapitalistischen Bourgeoisie zu verwechseln ist.

Er brandmarkt als Heuchelei und verurteilt ebenso alle Kriegsunternehmungen, deren Ziel ist, den Völkern irgendwelche politische oder wirtschaftliche Formen gegen ihren Willen aufzuzwingen. — Die Arbeiter verlangen den endgültigen und vollständigen Frieden unter allen Völkern und lehnen es ab, sich nochmals verführen zu lassen, unter dem Vorwand, sich schlagen zu müssen für den letzten oder vorletzten Krieg."

(Schluß folgt.)

# Volkswirtschaftliche Rundschau.

## Beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers.

Der Abbau der schwebenden Schulden oder doch zum mindesten die Verhinderung ihres weiteren Anwachsens erfordern ernsteste Maßnahmen. Wir sehen, wie die Notenflut ständig zunimmt, wie das Geld immer weiter im Werte sinkt. Es ist deshalb eine unabweisbare Forderung mit allen Mitteln Sorge zu tragen, daß möglichst bald in stärkerem Maße als bisher Steuereinnahmen in die Reichskasse fließen. Dieser Grund gab Veranlassung zur Ausarbeitung des Gesetzentwurfes über eine beschleunigte vorläufige Veranlagung des Reichsnotopfers. Dem Gesetzentwurf ist günstig, daß gerade in der letzten Zeit von weiten Kreisen des Erwerbslebens sehr erhebliche Gewinne erzielt worden sind. Man vergleiche nur die Bankausweise, die Bilanzabschlüsse der großen Erwerbsgesellschaften und anderes mehr. Damit ist für viele Kreise heute die Möglichkeit baldiger Bezahlung des Reichsnotopfers gegeben, eine Möglichkeit, die in gleichem Maße seinerzeit bei der Einbringung des Reichsnotopfergesetzes nicht bestand. Neben diesem den Gesetzentwurf bestimmenden finanziellen Zweck wird zugleich aber ein überaus wertvoller volkswirtschaftlicher Zweck erreicht. Denn eine so starke Geldflüssigkeit bedeutet volkswirtschaftlich eine Gefahr, da ihr entsprechende wirtschaftliche Werte nicht gegenüberstehen. Sie ist lediglich Scheinkapital und vermindert daher die zusätzliche Kaufkraft des Geldes, die unsere schlechte Währung wesentlich bedingt. Mit anderen Worten gesagt, bewirken so hohe flüssige Geldmittel in der gegenwärtigen Zeit ein weiteres Sinken des Geldwertes und damit ein Steigen aller Preise. Gerade der Festbesoldete, der Arbeiter, der Angestellte, der Beamte, deren Einkommen sich diesen Veränderungen nicht immer gleich anpassen können, empfinden dies am meisten. Dieses Herabgleiten des Geldwertes trifft aber auch den Unternehmer, der immer höhere Preise anlegen muß. Es kann daher nur im allseitigen Interesse liegen, wenn durch baldige Entziehung dieses Geldes nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage eine Besserung oder zum mindesten Festigung des Geldstandes erreicht würde. Der vorgenannte Gesetzentwurf soll eine Regelung treffen, nach der die gegenwärtig auf 20 Jahre und mehr verteilte Abgabe zu einem guten Teil möglichst bald in die Kassen des Reiches fließt. Danach wird das Reichsnotopfer, soweit es 10 v. H. des abgabepflichtigen Vermögens nicht übersteigt, mindestens aber zu einem Drittel der Abgabe in zwei gleichen Raten am 1. Februar und 1. August 1921 zu entrichten sein. Für besondere Fälle sind gewisse Erleichterungen vorgesehen, besonders da, wo durch beschleunigte Einziehung der Abgabe die Einstellung des Betriebes oder die Beeinträchtigung des Unterhalts der Familie zu befürchten ist. Diese Gründe müssen besonders glaubhaft gemacht werden.

Falls der Entwurf Gesetz wird, steht zu erwarten, daß diese Veranlagung in allen Bezirken bis zum Schlusse des Kalenderjahres 1920 durchgeführt sein wird. Aber der Entwurf ist noch nicht Gesetz. Zwar hat der Reichsfinanzminister Wirth am 7. Dezember im Steuerausschuß des Reichstags erklärt, die Regierung müsse nach wie vor an der Vorlage festhalten, aber damit ist sie noch nicht Gesetz. Wir tun daher gut, unsere Hoffnungen nicht allzu hoch zu spannen.

# Soziales Recht — Arbeiterversicherung.

## Schadenersatz für entgangenen Verdienst.

Eine wichtige Entscheidung für Bergarbeiter fällte die Spruchkammer Lünen des Berggewerbegerichts Dortmund am 3. November 1920.

Der Bergmann Karl Sch. klagte gegen die Zeche Minister Achenbach auf Entschädigung für entgangenen Verdienst an 3 Tagen. Sch. war aus der Grube ausgefahren, weil er sich nicht wohl fühlte. Seinen Steiger hatte er vorher von der Ausfahrt benachrichtigt und auch eine entsprechende Bescheinigung zur Ausfahrt erhalten. Als Sch. andern Tags wieder zur Arbeit erschien, wurde ihm die Anfahrt verweigert mit dem Anhemerken, vorher ein ärztliches Attest über seine Arbeitsfähigkeit zu erbringen. Sch. lehnte das natürlich ab. Am nächsten und übernächsten Tage meldete er sich wieder regelmäßig zur Arbeit, ohne daß er zugelassen wurde. Sch. wandte sich dann an das zuständige Arbeitersekretariat, welches sich telephonisch mit dem Direktor der Zeche in Verbindung setzte. Am andern Tage konnte Sch. seine Arbeit wieder aufnehmen, ohne das geforderte Attest beigebracht zu haben. Der entgangene Verdienst wurde dem Kläger durch nachstehendes Urteil, welches dem Wortlaut nach folgt, zugesprochen:

„Kläger fordert Schadenersatz für entgangenen Verdienst an 3 Tagen, an denen ihm von der Beklagten die Anfahrt verweigert sei. Er sei am Vortage während der Schicht wegen Krankheit ausgefahren und die Beklagte habe die Wiederanfahrt von der Beibringung eines ärztlichen Zeugnisses über seine Arbeitsfähigkeit abhängig gemacht. Hierzu sei Beklagte nicht berechtigt gewesen.

Beklagte gibt den Sachverhalt im wesentlichen zu und führt ferner aus, sie sei zu ihrem Verlangen berechtigt gewesen, zumal Kläger am Vortage, als er während der Schicht ausfuhr, darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß er sich die Erkrankung und Wiederherstellung ärztlich bescheinigen lassen müsse.

Es war, wie geschehen zu erkennen: Nach § 3 Abs. 2 und 3 des Statutes des Allgemeinen Knappschaftsvereins darf ein Bergmann, der wegen Krankheit erwerbsunfähig war, zur Arbeit nur zugelassen werden, wenn er eine Bescheinigung des Knappschaftsarztes, daß er gesund und arbeitsfähig ist, beibringt. Nach Ansicht des Gerichtes ist diese Vorschrift jedoch nur auf diejenigen Fälle anzubringen, wo der Arbeiter sich durch Entnahme eines Krankenscheines krank gemeldet hat, nicht dagegen auf den vorliegenden Fall, wo der Arbeiter nur einen Teil der Schicht wegen vorübergehender leichter Erkrankung versäumte. Die Beklagte war lediglich befugt, für den nicht verfahrenen Teil der Schicht einen entsprechenden Lohnabzug zu machen und gegebenen Falls wegen grundlosen Feierns oder zu frühen Schichtmachens Bestrafung auf Grund der

Arbeitsordnung eintreten zu lassen. Sie war jedoch nicht berechtigt, die Erlaubnis zur Ausfahrt von der Beibringung eines ärztlichen Attestes abhängig zu machen.

# Gesetzgebung und Verwaltung.

## Für Nichtbesteuerung des Einkommens aus Ueberschichten.

An das Reichsfinanzministerium, z. H. d. Herrn Reichsfinanzministers, Berlin, an den Herrn Fraktionsvorsitzenden der sozialdemokratischen Mehrheitspartei, Berlin (Reichstag) und an den Fraktionsvorsitzenden der unabhängigen sozialdemokratischen Partei (rechts), Berlin, hat der Vorstand unseres Verbandes am 6. Dezember folgende Eingabe gerichtet:

„Im Auftrage der im Verband der Bergarbeiter Deutschlands Organisierten ersucht der unterzeichnete Verbandsvorstand, dahin wirken zu wollen, daß die Bezahlung für die Ueberschichten, welche die Bergarbeiter verfahren, nicht als Einkommen gerechnet und versteuert wird.

Begründung:

Die Bergarbeiter verfahren heute Ueberschichten, um der notleidenden Industrie aufzuhelfen und es möglich zu machen, das Spa-Abkommen zu erfüllen. Den Lohn, den sie für die Ueberschichten erhalten, müssen sie dazu verwenden, um sich besser zu ernähren; denn würden sie dieses nicht tun, wäre an ein Verfahren von Ueberschichten bei der Entkräftung, die durch den Krieg und seine Folgen eingetreten ist, gar nicht zu denken.

Während des Krieges und auch noch eine ganze Zeit nachher wurden die Bergarbeiter gegenüber den in der Kriegsindustrie beschäftigten Arbeitern noch sehr schlecht entlohnt. Sie glaubten, daß endlich die Zeit des Preisabbaues nahen würde und hofften dann all das, was sie bei der schlechten Entlohnung nicht anschaffen konnten, nachholen zu können.

In den Familien der Bergarbeiter sieht es deshalb trostlos aus. Es fehlt an Bett- und sonstiger Wäsche. Jetzt in der teuren Zeit sind nun die Bergarbeiter, da alles zerschlissen, gezwungen, Neuanschaffungen zu machen. Eine Besteuerung des Ueberschichten-Einkommens würde sie noch mehr belasten, ihnen nicht erlauben, sich so zu ernähren, wie es sein muß, und sich das Notwendigste wieder anzuschaffen.

Vorderhand wurde ja davon abgesehen, die Ueberschichten mit bei dem Abzug der Steuer vom Lohn einzubeziehen, doch droht die Gefahr, daß man nachträglich auch für die Ueberschichten noch die Einkommensteuer fordert. Dies wird einen Sturm der Entrüstung bei den Bergarbeitern auslösen und könnte die schlimmsten Folgen mit sich bringen. Aus all diesen Gründen ersuchen wir, die Ueberschichten nicht zu dem steuerbaren Einkommen der Bergarbeiter zu rechnen, da sonst die größte Gefahr besteht, daß überhaupt keine mehr verfahren werden.

In der Hoffnung, daß das Finanzministerium sowie die Arbeiterparteien alles daran setzen, diese Eingabe zu unterstützen, um so dem Wunsche der Bergarbeiter zu entsprechen, zeichnet

Mit hochachtungsvollem Glückauf!

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.
J. A.: Georg Wißmann."

## Reichswirtschaftsminister und Bergmannssiedelungen.

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz hat in der Sitzung vom 13. November bei der Beratung seines Etats gesagt: „Im Ruhrgebiet sind im letzten Jahre 2—300 Bergmannswohnungen erbaut worden, mehrere tausend sind bewilligt; in Oberschlesien ist das Resultat weit günstiger, hier hat die private Industrie die Sache wesentlich gefördert." Diese Ausführungen des Ministers sind durch die rechtsstehende Presse gegangen; sie verfolgen den Zweck, die Selbstverwaltungen in den Treuhandstellen zu diskreditieren.

Wir sind es ja gewohnt, daß die Beschützer des Unternehmertums dort, wo den Arbeitern ein bestimmtes Mitverwaltungsrecht gewährt ist, dagegen Sturm laufen. Wenn aber ein Minister Behauptungen aufstellt, so sollte er sich über den Tatbestand vorher und nicht nachher informieren. Charakterisierend ist, daß in der Sitzung des Hauptausschusses der Minister Zahlen genannt hat, aber nachher bei der Treuhandstelle in Essen hat anfragen lassen, wieviel Bergarbeiterwohnungen im Ruhrgebiet fertiggestellt, wieviel angefangen und bewilligt worden sind. Es mutet komisch an, daß man erst Zahlen nennt und diese Zahlen benutzt, um zu beweisen, daß die Unternehmer eher in der Lage sind, die Wohnungsfrage im Bergbau zu fördern als gemeinnützige Einrichtungen — nachher aber sich erst über die wirklichen Zahlen erkundigen muß. Hierbei muß festgestellt werden, daß die genannten Zahlen des Ministers nicht zutreffen; nicht 2—300 Bergarbeiterwohnungen, sondern 1150 von 5331 bewilligten Wohnungen sind im Ruhrgebiet fertiggestellt.

Wenn der Minister auf Oberschlesien Bezug genommen und gesagt hat, daß dort 2100 Bergarbeiterwohnungen fertiggestellt sind, das Resultat weit günstiger sei als im Ruhrgebiet, weil dort die privaten Unternehmer gebaut haben, so soll es uns ferne liegen, zu behaupten die Information über Oberschlesien sei ebenso mangelhaft eingeholt worden als über das Ruhrgebiet. Kenner der oberschlesischen Verhältnisse bestreiten diese Zahlen, und weil keine Selbstverwaltungskörperschaften für den Bergarbeiterwohnungsbau in diesem Revier vorhanden sind, kann man die Zahlen nicht nachprüfen. Inwieweit die gebauten Wohnungen den gesundheitlichen siedlungstechnischen Ansprüchen genügen, steht ebenfalls nicht fest. Soweit wir aber die Unternehmer in diesem Reviere kennen, sind dieselben eher geneigt, alles andere zu bauen als gute Bergarbeiterwohnungen.

Wenn nun auch der Minister versucht hat, die schnelle Bauweise der privaten Unternehmer in Oberschlesien gegen die gemeinnützigen Unternehmungen im Ruhrgebiet auszuspielen, so müssen wir auch hier sagen, der Minister war schlecht beraten, obwohl den untergeordneten Stellen das Material zur Verfügung gestanden hat. Wie liegen in Wirklichkeit die Dinge? Laut Verordnung der Reichsregierung können aus den Kohlenfonds den gemeinnützigen Bauvereinigungen, Gemeinden, Bergwerksunternehmern und Einzelsiedlern Beihilfen gewährt werden. Von den 5331 bewilligten Wohnungen haben die Bergwerksunternehmer im Ruhrgebiet den Löwenanteil erhalten und zwar 3140, die Gemeinden, gemeinnützige Bauvereinigungen, Einzelsiedler nur 2191; hiervon sind noch 125 Wohnungen auf den Zechenbureaus projektiert und die Baupläne entworfen worden. Diese Zahlen reden gegen den Minister.

Soweit die Sache sich übersehen läßt, haben die gemeinnützigen Körperschaften gerade so schnell, wenn nicht noch schneller, als die Bergwerksunternehmer den Wohnungsbau gefördert. Wenn die Unternehmer in der Lage sind, wirtschaftlicher zu bauen, müßte nach diesen Zahlen auch im Ruhrgebiet ein anderes Resultat herauskommen. Es ist daher erklärlich, daß die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" vom 19. Nov. sich scharf gegen den Minister wendet. Der Minister hat ausgeholt, um den gemeinnützigen Selbstverwaltungskörperschaften, wo die Arbeitnehmervertreter auch mitreden, eines auswischen, und der Schlag traf seine politischen Freunde. Dem Minister ist anzuraten, sich über die wirklichen Ursachen der langsamen und teueren Bauweise zu erkundigen; die Ursachen sind nicht dort, wo sie gesucht werden, sondern das Reichswirtschaftsministerium hat ein gerütteltes Maß von Schuld mit, daß kein besseres Resultat erzielt worden ist. Wäre von der maßgebenden Stelle aus der unermeßlichen Preissteigerung auf dem Baumaterialienmarkte Einhalt geboten worden, stände es heute besser mit unseren Bergarbeiterwohnungen. Es wird zwar überall behauptet, die Preissteigerung ist eine Folge der Lohnforderungen der Arbeiter und Beamten; wenn dieser Satz richtig ist, dann könnte er sich nur so auswirken, daß in gleicher Weise wie der Lohn in die Höhe geht, auch die Preissteigerung folgt. Wie überall, so auf dem Baumarkt ist das Gegenteil der Fall. Die Stadt Hagen hat eine Aufstellung gemacht, wobei sich herausstellte, daß der Arbeitslohn lange nicht in dem Verhältnis gestiegen ist als die Baumaterialien. Hier ergibt sich für den Reichswirtschaftsminister ein großes Tätigkeitsfeld.

Zum Schlusse möchten wir noch bemerken, daß wir uns darüber nicht im unklaren sind, daß gewisse Kreise versuchen, alles zusammenzutragen, um zu beweisen, daß die privatkapitalistische Wirtschaft gegenüber der Gemeinwirtschaft vorzuziehen ist, und gerade jetzt, wo die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues so aktuell geworden ist, blieb es dem Minister der Partei gegen die Sozialisierung vorbehalten, auf eine kleine Anfrage über den Bau von Bergarbeiterwohnungen im Hauptausschuß des Reichstages eine Mine gegen die Sozialisierung und die Gemeinwirtschaft springen zu lassen. Die Herrschaften sollen sich aber nicht im unklaren darüber sein, daß sich die Bergarbeiterschaft auf keinen Fall die Sabotage gegen die Sozialisierung des Kohlenbergbaues gefallen lassen wird.

# Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

## August Bringmann †.

Der langjährige Redakteur des „Zimmerer", dem Organ des Zimmererverbandes, August Bringmann, ist am 29. November 1920 in Hamburg an der Grippe gestorben. Bringmann war am 6. März 1861 in Lüneburg geboren, erlernte das Zimmererhandwerk und trat schon 1884 in die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung ein. Im Jahre 1889 leitete er bereits die neben dem Zentralverbande der Zimmerer bestehende Vereinigung der Zimmerer. Sein Verdienst war es, daß im Jahre 1890 eine Verschmelzung dieser beiden Organisationen herbeigeführt wurde. Im Jahre 1893 wurde er zum Redakteur des „Zimmerer" gewählt und hat dieses Amt bis zu seinem Ableben bekleidet.

Bringmanns bedeutendste Wirksamkeit lag indes auf literarischem Gebiete. Eine Reihe der besten Schriften verdanken wir seiner Feder, von denen besonders die „Praktischen Winke für die deutsche Zimmererbewegung" und die zweibändige „Geschichte der deutschen Zimmererbewegung" seinen Namen weit über die Grenzen seines Berufes hinaustrugen. In der ersten Schrift schuf er den Typ eines gewerkschaftlichen Handbuchs für die Funktionäre, das in mehr als einer Beziehung mustergültig wurde; in der Geschichte gab er der deutschen Gewerkschaftsbewegung zum ersten Male eine historische Darstellung der Gewerkschaftsbewegung der vorsozialistengesetzlichen Zeit. Auch seine Schrift über den Tarifvertrag und seine Bedeutung für die Gewerkschaften hat weitere Verbreitung gefunden.

Eine Persönlichkeit von der Bedeutung Bringmanns konnte auch in der weiteren Gewerkschaftsbewegung nicht unbemerkt bleiben. So wurde er von den Gewerkschaftskongressen zu Berlin (1894) und Frankfurt a. M. (1899) als Mitglied der Generalkommission gewählt, der er bis zu deren Sitzverlegung 1902 von Hamburg nach Berlin angehörte. Auf mehreren Gewerkschaftskongressen war er in den Ausschüssen tätig, die die Verfassung der Generalkommission und des Kongresses vorbereiteten. Wenn er seit 1902 weniger hervortrat, so ist dies auf ein schweres Nervenleiden zurückzuführen, das ihn damals schon an den Rand des Grabes brachte, und das eine starke Depression auf seine Tätigkeit zurückließ. Trotzdem fanden wir ihn in seinem Verbande stets da, wo es die Vertretung der Interessen seiner Kameraden erheischte. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung verliert in ihm einen Führer von Ruf und Einfluß. Sie wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

# Internationale Rundschau.

## Unsere gewerkschaftliche Internationale.

Einen guten Einblick in die Mitgliederzahlen der einzelnen freigewerkschaftlichen Landesorganisationen gewährt folgende Präsenzliste des Internationalen Gewerkschaftskongresses in London (22. bis 27. November). Dem Kongreß wohnten folgende Delegationen bei:

| | Mitgl. | Deleg. |
|---|---|---|
| England: Parlamentarisches Komitee des Gewerkschaftskongresses | 6 500 000 | 7 |
| Gewerkschaftsbund | 1 500 000 | 3 |
| Deutschland: Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund | 8 500 000 | 12 |
| Frankreich: Confédération Générale du Travail | 1 500 000 | 15 |
| Belgien: Gewerkschaftsbund | 700 000 | 9 |
| Dänemark: Gewerkschaftsbund | 300 000 | 5 |
| Norwegen: Gewerkschaftsbund | 150 000 | 3 |
| Schweden: Gewerkschaftsbund | 281 000 | 4 |
| Holland: Nederlandsche Verbond van Vakvereenigingen | 240 000 | 8 |
| Italien: Confederazione Generale del Lavoro | 2 300 000 | 5 |
| Oesterreich: Gewerkschaftskommission | 800 000 | 3 |
| Tschechoslowakei: Gewerkschaftskommission | 750 000 | 5 |
| Ungarn: Gewerkschaftsrat | 215 000 | 2 |
| Schweiz: Gewerkschaftsbund | 225 000 | 1 |
| Luxemburg: Gewerkschaftskommission | 27 000 | 2 |
| Spanien: Gewerkschaftsbund | 250 000 | 2 |
| Polen: Zentralkommission der Gewerkschaften | 331 000 | 3 |
| Poln. Gewerkschaftsbund | 774 000 | 6 |
| Canada: Gewerkschaftskongreß | 260 000 | 1 |

Als Gäste nahmen an den Verhandlungen teil Vertreter der deutschen Gewerkschaften in der Tschechoslowakei, Albert Thomas als Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, sowie die Internationalen Berufssekretäre der Post- und Telegraphenangestellten Textilarbeiter, Bergarbeiter, Transportarbeiter, Holzarbeiter, Angestellten, Bekleidungsarbeiter, Landarbeiter, Buchbinder, Buchdrucker, Hotelangestellten, Metallarbeiter, Diamantarbeiter, Lithographen, Maler, Schuhmacher, Fabrikarbeiter und Bauarbeiter. Einige der angeschlossenen Länder, wie Argentinien, Jugoslavien, Peru usw. hatten aus finanziellen Gründen davon absehen müssen, Vertreter zu entsenden.

## Geht nicht nach Holland!

Wiederholt haben wir schon vor dem Zuzug nach Holland gewarnt. Dazu wird uns von unserer holländischen Bruderorganisation geschrieben:

„In den letzten Wochen trafen bei uns eine Menge Briefe ein, worin sich deutsche Kameraden nach den Verhältnissen auf den holländischen Gruben erkundigen. Ferner wird darin gefragt, ob Hauer, Lehrhauer und Schlepper durch Vermittelung unseres Verbandes auf den holländischen Gruben Arbeit bekommen können. Dazu sei gesagt, daß die Arbeitsbedingungen ungünstiger sind wie auf deutschen Gruben. Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden und nur Samstags 6 Stunden, also 46 Stunden wöchentlich. Auch die Urlaubsordnung ist ungünstiger wie in Deutschland. Die Löhne haben ebensowenig wie in anderen Ländern mit der Teuerung gleichen Schritt gehalten. Die Hauerlöhne sind durchschnittlich gestiegen von 3,40 Gulden in 1914 auf 9,60 Gulden in 1920. Diejenigen Bergarbeiter, welche in Holland arbeiten und in Deutschland wohnen, kommen entsprechend dem Stand der Valuta in eine günstigere Lage.

Was die Behandlung, Arbeitsweise usw. anbelangt, so hört man im allgemeinen von den hier arbeitenden deutschen Kameraden, daß diese in Deutschland besser ist. Das Abjagesystem, wie es hier üblich ist, kennt man auf deutschen Gruben nicht. Von einem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betriebe, wie in Deutschland, kann hier nicht gerdet werden. Unsere Organisation kann den deutschen Arbeitern keine Arbeit vermitteln. Aus alledem ergibt sich, daß die Verhältnisse für diejenigen, die sich in Holland niederlassen wollen, wirklich nicht so schön sind. Allerdings lassen die Grubenbesitzer durch Agenten geübte und ungeübte Arbeitskräfte anwerben. Dabei kommt es den Grubenbesitzern selbstverständlich nur darauf an, billige und willige Arbeitskräfte zu bekommen. Die Lästigen, d. h. diejenigen, die den Mut haben, für ihre Rechte einzutreten, werden gekündigt.

Wir wollen die Freizügigkeit in keiner Weise beschränken, halten es aber für unsere Pflicht, das alles auszusprechen und vor Zuzug nach Holland zu warnen. Pflicht der zugezogenen Kameraden ist es aber, dafür zu sorgen, daß sie nicht ungehörig ausgebeutet und als Lohndrücker gebraucht werden. Das kann nur erreicht werden durch Anschluß an unseren Verband, den Algemeene Nederlandsche Mijnwerkersbond in Heerlen, Valkenburgerweg 10. Unser Verband hat einen außerordentlich schweren Stand und wir erwarten, daß die deutschen Kameraden Solidarität üben und uns unsere Aufgaben nicht erschweren. Allen Kameraden, die sich schriftlich an uns gewandt haben, mögen vorstehende Darlegungen als Antwort dienen. Jeder soll sich danach richten und sich selbst und andere vor Schaden bewahren.

# Knappschaftliches.

## Für ein Reichsknappschaftsgesetz und einen Reichsknappschaftsverein.

Am 28. November tagte im Colkwitzschen Lokale in Cottbus eine Konferenz der Knappschaftsältesten im Bereiche des Braunkohlenbergbaues östlich der Elbe, welche sich mit der Frage der Schaffung eines Reichsknappschaftsgesetzes und eines Reichsknappschaftsvereins befaßte. Einleitend hielt der Bezirksleiter unseres Verbandes ein instruktives Referat über den Ursprung der Knappschaftsvereine und ihre weitere Entwicklung. Er zeigte an der Hand von Material, daß die Knappschaftsvereine sich an der Solidarität der Bergarbeiter aufbauen, die Bergarbeiter in den früheren Jahrhunderten ihre Knappschaftskassen selbständig verwalteten, wie sie durch Behörden und Werksbesitzer aus ihrer eigenen Gründung verdrängt wurden und alle Anstrengungen gemacht haben, um sich das gegenwärtige Mitbestimmungsrecht zu erringen. Die Zerrissenheit im Knappschaftswesen sei aber noch so groß, daß es zu einer Gefahr für die Knappschaftsmitglieder werden kann. Aus diesem Durcheinander könne nur eine über das ganze Reich sich erstreckende einheitliche Organisation herausführen. Das wäre ein Reichsknappschaftsgesetz und ein einziger Reichsknappschaftsverein.

Die Aeltesten nahmen zu den bis jetzt vorhandenen Vorlagen Stellung und besprachen bei den einzelnen Punkten die Abänderungen die sie mindestens verlangen müßten. Eine Kommission, die gewählt wurde, soll die Vorlagen ausarbeiten. Am Schluß gelangte einstimmig nachstehende Entschließung zur Annahme:

„Die heute, am 28. 11. 1920 im Konzerthaus Colkwitz in Cottbus tagende Konferenz der Knappschaftsältesten im Bereiche des Braunkohlenbezirks östlich der Elbe fordern mit aller Entschiedenheit die Schaffung eines Reichsknappschaftsgesetzes und eines Reichsknappschaftsvereins. Wir stehen fest auf dem Standpunkt, daß bei der Beratung und Erledigung dieser großen Aufgabe die Sonderwünsche einzelner Knappschaftsvereine und dergl. gegenüber den großen, allgemeinen Interessen hintangestellt werden. Angesichts der völligen Unzulänglichkeit unserer Knappschaftspensionen, sowie der gegenwärtigen Bezüge der Invaliden fordern wir, daß bei Schaffung des Reichsknappschaftsgesetzes auch diesem Notstande abgeholfen wird und eine Erhöhung der Knappschaftspensionen sowie der bisherigen Bezüge der Knappschaftsinvaliden erfolgt."

# Aus dem Kreise der Kameraden.

## Oberbergamtsbezirk Dortmund.

### Max Nikolaizik †.

Am 17. November starb an Lungenentzündung eines unserer besten Mitglieder der Zahlstelle Eving I, unser Kassierer Max Nikolaizik, im Alter von 36 Jahren. Seit 1903 gehörte er unserem Verbande an. Lange Jahre stand er im Vordergrund der Bewegung. Seit 1918 bekleidete er den Posten als Kassierer. Seine verantwortungsvolle Aufgabe hat er treu bis zu seinem Tode erfüllt. Durch sein kameradschaftliches Verhalten war er bei uns allen sehr beliebt. Wir werden unserem lieben Freunde ein treues Andenken bewahren.

Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Eving I.

### Brotzulagen nur für Vertragsüberschichten.

Reichskommissar Mehlich schreibt uns:

„Ueber die Gewährung der Brotzulagen für Ueberschichten bestehen, besonders in den Kreisen der Tagesarbeiter, irrtümliche Auffassungen, die eine klarstellende Darlegung notwendig machen. So wird angenommen, daß die Ziffer 6 des Ueberschichtenabkommens einen Anspruch auf Ueberschichtenzulagen begründet für jede Schicht, die an Sonn- und Feiertagen von den Tagesarbeitern über die laufende Zahl der monatlichen Arbeitsschichten hinaus verfahren wird. Diese Meinung ist falsch. Ziffer 6 gibt den Tagesarbeitern für die Sonntagsschichten den gleichen Anspruch, wie den an den Vertragsüberschichten beteiligten Arbeitern auf die Zuweisung von verbilligten Lebensmitteln und Bekleidungsgegenständen, zu denen die Brotzulage nicht gehört. Wenn auch hierbei auf die Anlage zu Ziffer 4 Bezug genommen wird, die an erster Stelle die Gesamt-Brotmenge erwähnt, so kann doch dem ganzen Wortlaut nach kein Zweifel darüber bestehen, daß nur an eine Zuteilung von verbilligten Lebensmitteln usw. gedacht ist, wie auch bei den Verhandlungen lediglich von der Lieferung von Fett und Textilien die Rede war. Die Brotzulage von 750 Gramm steht wie auch der Herr Reichsarbeitsminister bestätigt, grundsätzlich nur denjenigen Belegschaftsmitgliedern zu, die an den Vertragsüberschichten beteiligt sind.

### Zur Kartoffelversorgung.

Unser Verband hat sich am 22. November wegen der mangelhaften Kartoffelversorgung mit einer Eingabe an die Reichskartoffelstelle, das Reichsernährungsministerium, Reichswirtschaftsministerium und Reichsarbeitsministerium gewandt. Der Reichsarbeitsminister hat darauf am 30. November wie folgt geantwortet:

„Aus Anlaß des dortigen Schreibens habe ich mich erneut an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft gewandt. Auch im übrigen bin ich bemüht, die Kartoffelversorgung im dortigen Gebiet auf jede Weise zu fördern und hoffe, daß sich die Erfolge bald zeigen werden."

N. Brauns."

Die Hoffnung des Reichsarbeitsministers hat sich bisher leider nicht erfüllt; sie kann sich in freier Wirtschaft auch nicht erfüllen, so lange der allgemeine Mangel besteht. Sobald dieser behoben ist und Konkurrenz einsetzt, werden die heutigen Auswüchse von selbst verschwinden. Der Grundfehler ist, daß die freie Wirtschaft eingeführt wurde, bevor der Mangel behoben war. Dafür müssen jetzt die Verbraucher büßen.

### Zechenverband und Bergarbeiterlöhne.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung" vom 4. November bringt eine Notiz über den Schichtverdienst im Ruhrbergbau, in der es heißt:

„Nach einer Statistik des Zechen-Verbandes betrug der reine Schichtverdienst der Gesamtbelegschaft des Ruhrbergbaues im Monat September 49,34 Mk.; der reine Schichtverdienst der Hauer belief sich auf 60,08 Mk. Außer Betracht geblieben sind bei diesem Lohn Kindergeld, Beträge für Urlaubsvergütung, für Brandkohle und ähnliche wirtschaftliche Beihilfen."

Wir erheben die Frage, ob diese Angaben des Zechen-Verbandes den Tatsachen entsprechen. Wenn ja, dann bleibt kein anderer Weg als der, daß man im Zechen-Verband zweierlei Lohnstatistiken führt. Die Vertreter des Arbeitgeber-Verbandes haben bei den Verhandlungen am 18. und 19. Oktober in Berlin erklärt, daß der Verdienst des Kohlenhauers pro Schicht 52,76 Mk. für den Monat August betrage. Eine Steigerung der Löhne durch neue Tarifabschlüsse oder durch Fällung eines Schiedsspruches ist aber für den Monat September nicht eingetreten und unsere Frage ist daher wohl berechtigt; wie kommt der Zechen-Verband oder das statistische Bureau dieser Organisation zu der Feststellung, daß der Hauerdurchschnittsverdienst pro Schicht im September dieses Jahres 60,08 Mk. betragt? Nach den Angaben sollen Kindergeld, Beträge für Urlaubsvergütungen, für Brandkohle und ähnliche Wirtschaftsbeihilfen in diesen Zahlen nicht enthalten sein. Wir können vor der Hand noch nicht glauben, daß der Zechen-Verband den durch Ueberschichten herbeigeführten Mehrverdienst in den täglichen Verdienst pro Schicht eingerechnet hat. Zwar hat Herr Kratz als Vertreter des Zechen-Verbandes das bei den verschiedenen Verhandlungen wiederholt versucht, hat aber dabei in Berlin sowohl als auch an anderen Stellen den schärfsten Widerspruch der Arbeitervertreter gefunden. Wenn der Ueberschichtenverdienst in der Weise den Bergarbeitern auf die übliche tägliche Schicht angerechnet werden soll, dann wird naturnotwendig die Freude am Verfahren der Ueberschichten nicht gesteigert; denn die vom Zechen-Verband angegebenen Zahlen der Durchschnittslöhne stellen einen weit höheren Satz nach außen hin dar, als wie in der Praxis gezahlt wird. Man vergleiche nur die Zahlenangaben, welche beide vom Zechen-Verband kommen, das eine Mal 52,76 Mk. pro Schicht, das andere Mal 60,08 Mk. Danach ergibt sich eine Differenz von 7,32 Mk. pro Schicht. Mit demselben Recht wie der Zechen-Verband sich hier erlaubt, den Ueberschichtenverdienst auf die übrigen Arbeitstage zu verrechnen, genau so gut wäre es berechtigt, sämtliche Gratifikationen, Teuerungszuschläge, Prämien, Aufwandsentschädigungen usw. dem festen Monatsgehalt der mittleren und oberen Beamten zuzuzählen, um dann durch die wirklichen Arbeitstage den Verdienst pro Tag festzustellen. Gegen diese Methode würde man wohl in den benannten Kreisen Einspruch erheben. Sie würde nach unserer Meinung auch unrichtig sein, wenn eine solche Prämienvergütung erfolgte infolge Leistung von Ueberarbeit. Das ist aber in den hier angezogenen Fällen nicht die Regel, während bei den Bergarbeitern der Mehrverdienst durch Ueberarbeit herbeigeführt worden ist.

### Warnung vor Zuzug nach Ibbenbüren.

In letzter Zeit findet ein Zuzug von Bergarbeitern aus dem Industriegebiet nach hier statt. Wir warnen mit Rücksicht auf die hiesige Arbeitslosigkeit die Bergarbeiter vor dem Zuzug nach hier. Die meisten Kameraden ziehen nach etlichen Wochen meistenteils zum Industriegebiet zurück. Zunächst ist es hier fast unmöglich, ein Logis zu erlangen, geschweige denn, daß ein Verheirateter eine Wohnung erhält. Weiter ist aber auch augenblicklich ein Ueberangebot von Arbeitskräften vorhanden. Die Städte Osnabrück und Rheine senden Hunderte von Arbeitslosen täglich nach hier, so daß die Unternehmer förmlich bestürmt werden. Die Folge davon ist, daß die Unternehmer versuchen, sich um den Tariflohn zu drücken. Weiter wird auch mancher Kamerad enttäuscht, wenn er hier angelangt, die Geschäfte betritt. Die Preise sind fast dieselben wie im Industriegebiet. Tagelang suchen die Kameraden zunächst nach Arbeit. Wenn dann glücklich Arbeit gefunden ist, dann kommt das Logissuchen. Tagelang wird wieder gesucht, meistens ohne Erfolg, und zum Schluß: die Kameraden kehren vielfach nach einer Woche Aufenthalt zur alten Heimat zurück, schwer enttäuscht und um einige Hundert Mark leichter. Weiter haben sich aber auch die Verhältnisse ganz besonders verschlechtert dadurch, daß die Erzgrube Perm mit über 200 Mann Belegschaft am 1. Januar 1921 stillgelegt wird. — Wir warnen also nochmals dringend die Kameraden vor Zuzug.

A. Behring.

### Eine führende Persönlichkeit der Großindustrie über Betriebsräte.

In ihrer Nr. 272 vom 19. November gibt die „Bergwerkszeitung" das Ergebnis einer Unterredung eines ihrer Mitarbeiter mit einer führenden Persönlichkeit der Großindustrie wieder.

Nachdem die führende Persönlichkeit sich selbstverständlich für die Beteiligung der Arbeiter durch Kleinaktien ausgesprochen und sogar der Ansicht ist, daß viele Arbeiter infolge der hohen Löhne in der Montanindustrie so große Ersparnisse machen, daß sie sich mit Kleinaktien gar nicht mehr begnügen werden, sondern direkt große Aktien zu 1000 Mk. kaufen, wendet sie sich den Betriebsräten zu und führte folgendes aus:

„Eine bedeutsame Aufgabe haben die Betriebsräte zu erfüllen. Die Erfahrungen, die man mit dieser Einrichtung gemacht hat, be-

rechtigen zu den besten Hoffnungen. Viele Verwaltungen haben es offen ausgesprochen, daß sie die Betriebsräte nicht mehr missen möchten. Die Mitglieder dieser Stellen sind sich im allgemeinen ihrer Verantwortung voll bewußt und bilden ein wertvolles Bindeglied zwischen Arbeiterschaft und Verwaltung. Die großen Unkosten, die den Werken dadurch erwachsen, daß die Betriebsratsmitglieder für ihre eigentliche berufliche Tätigkeit kaum noch in Betracht kommen, machen sich auf andere Weise bezahlt. — Die Arbeit in der Industrie nimmt im allgemeinen einen geregelten Verlauf, und ein großer Teil der vorkommenden Streitigkeiten wird ohne das Dazwischentreten der Verwaltungen durch die Betriebsräte zur Zufriedenheit beider Teile erledigt."

Dies Urteil einer führenden Persönlichkeit der Großindustrie werden wir uns merken. Von den Verwaltungen im Bergbau können wir ein gleich günstiges Urteil nicht abgeben. Im Gegenteil, gerade in letzter Zeit wird von diesen alles versucht, den Betriebsräten Schwierigkeiten zu bereiten. Wiederholt mußten wir feststellen, daß Betriebsleitung und Betriebsrat in bestimmten Fragen sich glatt einigten, dann aber die Verwaltungen von oben herab eingriffen und den Betriebsräten jedes Mitwirkungsrecht verweigerten. Einige Vorkommnisse lassen sogar darauf schließen, daß auf Anweisung des Zechenverbandes die Verwaltungen ihren Betriebsleitungen befahlen, bereits getroffene Vereinbarungen mit den Betriebsräten wieder rückgängig zu machen. Ein solches Vorgehen läßt das notwendige Verantwortungsgefühl vermissen und muß naturgemäß Verbitterung auf Arbeiterseite hervorrufen, die einer Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nur hinderlich ist.

## Mitgliedsdauer in der Zahlstelle Steele.

Die Zahlstelle Steele ist als erste dem Beispiel der Zahlstelle Essen gefolgt und hat Erhebungen über die Mitgliedsdauer angestellt. Die Mitgliederzahl betrug im Oktober 1920 754. Von diesen Mitgliedern sind eingetreten:

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1889: | 2 | 1903: | 11 | 1909: | 8 | 1915: | 2 |
| 1892: | 1 | 1904: | 8 | 1910: | 6 | 1916: | 42 |
| 1899: | 2 | 1905: | 21 | 1911: | 3 | 1917: | 59 |
| 1900: | 2 | 1906: | 4 | 1912: | 10 | 1918: | 210 |
| 1901: | 7 | 1907: | 6 | 1913: | 11 | 1919: | 190 |
| 1902: | 5 | 1908: | 6 | 1914: | 3 | 1920: | 135 |
| Sa.: | 19 | | 56 | | 41 | | 638 |

Die Zahl der alten Mitglieder ist auch hier verhältnismäßig klein. Immerhin liegen die Verhältnisse etwas günstiger wie in Essen. Von 1923 Mitgliedern sind in Essen bis 1914 nur 229 gleich 11,9 Proz. dem Verbande beigetreten. In Steele sind von 754 Mitgliedern bis 1914 116 gleich 15,4 Proz. dem Verbande beigetreten. Die jungen, ungeschulten Mitglieder haben auch in Steele die erdrückende Mehrheit. Eine außerordentliche Schulungsarbeit ist auch hier zu leisten, welche an unsere alten, geschulten Mitglieder die größte Anforderung stellt. Aber gerade in Steele haben wir einen guten Stamm, der den Dingen gewachsen ist. Anderwärts steht es nicht so günstig.

## Zeche Ludwig in Bergerhausen.

In Nr. 45 der „Bergarb.-Ztg." erschien ein Artikel („Mitleidige Unionisten auf Zeche Ludwig") als Antwort auf einen Artikel in der „Union" vom 21. Oktober, worauf die „Union" am 25. 11. entrüstet antwortet. Ich möchte dazu folgendes bemerken: In dem Artikel der „Bergarb.-Ztg." ist weder von lebenden noch von toten Kameraden die Rede. In demselben ist nur gesagt, daß der Ausschuß sich gegen den Anschlag gewendet hat, weil der Unionist ihn an das Anschlagbrett des Betriebsrats kleben wollte. Es ist dem Unionisten sogar noch gesagt worden, er möge den Anschlag doch in der Kaue oder an der Wand anbringen, gegen die Sammlung als solche hätte keiner etwas. Obwohl der zu unterstützende Kamerad nicht zur hiesigen Schachtanlage gehörte, hat sich der Ausschuß zum Teil noch an der Geldspende beteiligt. Wenn dann das Solidaritätsgefühl der Unionisten so hervorgehoben wird, so muß doch gesagt werden, daß sie damals die Gründung der Unterstützungskasse (durch die Belegschaft) zum größten Teil abgelehnt haben. Als vor einigen Tagen die Gründung der Sterbekasse beraten wurde, erklärte ein Vertreter der Union, daß sie im Prinzip gegen jede Sammlung oder Unterstützung der Kumpels durch die Belegschaft seien, weil dadurch die Kapitalisten nur gestärkt würden. Wenn man weiter meint, das Unterstützungswesen der Union auf Ludwig sei besser, so mags schon stimmen, denn in den bekannten Märztagen dieses Jahres war es ja das jetzige unionistische Betriebsratsmitglied Lichtenthäler, welcher das Fett beschlagnahmen wollte, das für die Belegschaft bestimmt war. Vielleicht für die Union?!? Wenn man denn von dem „gerne zahlen" der Unionisten redet, so möchten doch einmal die Listen bei Unglücksfällen oder gar noch die Listen für die Märzgefallenen nachgesehen werden, dann könnte man jedenfalls den Opfermut schnell sehen.

Wenn man weiter den Verbandsführern Vorwürfe macht wegen ihrer Haltung während des Krieges, so fallen diese Vorwürfe wohl auf jene zurück, die während des Krieges als die größten Duckmäuser und Schichtenwölfe bekannt waren, die für die Interessen der Bergarbeiter nichts übrig hatten, heute aber große Töne riskieren und innerlich nichts wie gelb sind. Der „hervorragende" Anton Gwelt (Mitglied des Ausschusses) von der Union erklärte, er erblicke seine vornehmste und herrlichste Aufgabe nicht zuerst in der Bekämpfung des Kapitals, sondern in der Bekämpfung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. Nennt man das Solidaritätsgefühl? Als dem A. Gwelt vor einigen Tagen gesagt wurde, daß ihre ganze Taktik auf eine heimliche Mörderzentrale gegen die Arbeiter hinziele, erklärte er: Jawohl, das stimmt, wie sollen wir es anders machen; wir müssen auch Leute haben, die das Morden genau so gut können wie Noske. — So denken Unionsgrößen auf Ludwig. Solidaritätsgefühl???

Wenn dann der Artikelschreiber meine Person erwähnt, so kann ich ihm nur den guten Rat geben, sich zunächst mehr um die Wahrheit, dann aber auch mehr um die Gemeindepolitik zu kümmern. Ich bedaure allerdings, daß er nicht weiß, daß die Wohnungskommission kein Recht hat, Wohnungen zu räumen, obschon ich in der fraglichen Belegschaftsversammlung dieses mehrere Male betont habe. Wenn man mir dann unterschiebt, ich hätte die Villenbesitzer in Schutz genommen, so kann ich dieses nur als eine elende Verleumdung erklären. Ich habe gesagt, als wir damals den Antrag in der Stadtverordnetensitzung stellten, uns die Kontrolle über die beschlagnahmten Räume zu geben und mehr an die Einfamilienhäuser (Villenviertel) heranzugehen. Das wurde abgelehnt und uns gesagt, daß dieses einige Millionen kosten werde. Aber das kann uns nicht abhalten, an diese Gesellschaft heranzugehen. Damit ist auch wohl der letzte Satz in der „Union" erledigt. Es scheint mir aber, daß hier wohl eine Verwechselung vorliegt mit dem Betriebsratsmitglied der Union. Dasselbe ist nämlich als der Beschützer des Vernetwäldchens (Villenviertel) bekannt, da er noch in den bekannten Märztagen für nächtlich 50 Mk. dort die armen Kapitalisten beschützt hat. Da kann man schon von großen Mäulern und kleinen Hirnen sprechen. Auf solche Größen kann die „Union" wirklich stolz sein. Hubert Vette.

## Zeche Johann Deimelsberg.

In der Nr. 32 der „Freien Arbeiter-Union" erschien ein Artikel unter Johann Deimelsberg, worin ein Unionist, der als einzigstes Belegschaftsmitglied angeblich den Betriebsrat nicht finden kann, sich aufs Verleumden verlegt nach dem Satze: „Verleumde nur immer drauf los, etwas bleibt immer hängen." Als es galt, persönliche Vorteile für sich herauszuschlagen, da wußte der Artikelschreiber den Betriebsrat zu finden. Der Vorwurf gegen das Betriebsratsmitglied Korth (Alter Verband) dieser hätte dem Geschäftsführer eines Unternehmers gegenüber die Aeußerung gebraucht, die Gedingesätze und Löhne der Gesteinshauer ständen zu hoch, ist unwahr. Korth hat dem Geschäftsführer des Unternehmers erklärt, er sei gegen jede Unternehmerarbeit.

Ferner sei es ein ungesunder Zustand, wenn die Spannung zwischen den Löhnen der Kohlen- und Gesteinshauer zu groß sei, wenn z. B. hier Kohlenhauer 42 und Gesteinshauer 72 Mk. verdienten. Mit dieser Auffassung wird jeder organisierte Kamerad sich nur einverstanden erklären können, weil es das Bestreben der Organisationen ist, allzu große Spannungen in den Löhnen zu vermeiden. Der Betriebsrat nimmt Beschwerden und Wünsche der Kameraden (auch Mitglieder der Union) an und vertritt diese energisch bei der Verwaltung. Arbeiten die Unionisten jedoch in dieser Weise weiter, können sie nicht mehr vertreten werden. Solch unkameradschaftliches Verhalten stärkt nur die Macht der Werksherren und deren Willkür, die man angeblich auch in der Union bekämpft. Karl Korth.

# Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

## Im Senftenberger Bezirk.

Nach Vereinbarung mit der Senftenberger Bezirksleitung hielt ich im dortigen Bezirk eine Reihe von Bergarbeiterversammlungen ab mit dem Thema: „Deutschlands Wirtschaftspolitik und die Sozialisierung des Kohlenbergbaues". Die erste Versammlung in Heinrichsfeld war gut besucht — sie hätte natürlich noch weit besser besucht sein können. Hier wie in den folgenden Versammlungen habe ich den Kameraden dargelegt, daß sie als Träger des künftig sozialisierten Kohlenbergbaues über die wirtschaftlichen Zusammenhänge unseres Staatswesens unterrichtet sein müssen. Es kommt nicht darauf an, was wir wollen, sondern wir müssen wissen, was wir können. Wir haben mit augenblicklichen unabänderlichen Tatsachen zu rechnen und müssen uns angewöhnen, mehr Wirklichkeitssinn zu haben. Ich habe den Kameraden gezeigt, daß die Unternehmer und der Kapitalmarkt des In- und Auslandes sich fortwährend im Zeichen der Konzentrierung und der Fusionen befindet, also im Stadium der Sammlung aller Kräfte zur Erhaltung der bisherigen Wirtschaftsweise. Dort also Zentralisation, bei uns aber Dezentralisation der Kräfte; dort Sammeln, bei uns Auseinanderlaufen. Wir haben aber die Pflicht, wenn wir nicht fürchterliche Enttäuschungen erleben wollen, uns die Faktoren, die wir niederringen wollen, recht genau anzusehen. Am leichtsinnigen Ueberschätzen ihrer Kräfte gingen die Ludendorffe zu Grunde; hüten wir uns vor Nachahmungen solcher Beispiele. Wir müssen den Boden, den wir in Mitbesitz und Mitverwaltung nehmen wollen, gründlich kennen lernen. Wir wollen die Vollsozialisierung; damit übernehmen wir eine gewaltige Verantwortung; es wird viele und schwere Hindernisse zu überwinden geben. Soll das Werk aber gelingen, dann ist die erste Vorbedingung, bei uns wie drüben: Sammlung und Einigung aller brauchbaren Kräfte. Wir müssen die Grenzen unseres Könnens, unserer Leistungsfähigkeit erkennen und nicht, wie so mancher Vielversprecher, an ein achtes Weltwunder glauben".

Aussprache fand nicht statt; eine Entschließung im Sinne des Referats wurde einstimmig angenommen.

In Welzow sprach ich vor etwa 400 Kameraden. In der Aussprache sprachen zwei Kameraden im Sinne des Referats.

Am folgenden Tage wollte ich in Näschen sprechen; leider war mir dies durch eine unliebsame Zugverwechslung, infolge falscher Auskunft eines Bahnbeamten, nicht möglich. In der Hoffnung, eine schöne Bußtagsrede in Näschen zu halten, dampfte ich — nach der verkehrten Seite ab und hatte Mühe, durch langen Fußmarsch, am Nachmittage zur Versammlung nach Hörlitz zu kommen. Hier waren 250 Kameraden anwesend. Unter ihnen eine Reihe von Unionisten, von denen aber leider keiner das Wort ergriff. Eigentlich ganz gegen ihre Gepflogenheit; ich hörte, daß sie in den Werken viel zu viel reden. Nur da, wo es darauf ankommt, einmal vor aller Oeffentlichkeit zu zeigen, was man kann oder will, da schweigen alle Flöten.

Eine große Versammlung fand in Särchen (Annahütte) statt. Hier machte in der Aussprache ein Unionist die „Bonzen" für allen Jammer der Menschheit verantwortlich; nach seiner Meinung sei schon viel Elend beseitigt, wenn es keine „Bonzen" mehr gebe. Die Sozialisierung sei auch nur eine große Schiebung, durch die sich die „Bonzen" ein paar Posten verschaffen wollten. Nicht Sozialisierung — sondern Uebernahme der Betriebe durch die Arbeiter sei die Losung. Im übrigen gestand der gute Mann, der erst vor kurzem arbeitslos nach Annahütte gekommen war, daß er keine Kenntnisse über wirtschaftliche Fragen habe. Er fand keine Zustimmung.

Unter einstimmiger Zustimmung der Versammlung habe ich im Schlußwort diesem Mann höflich aber entschieden gesagt, daß man auch wissen müsse, was man mit der erhaltenen Redefreiheit anzufangen hat, und daß unter Umständen auch Schweigen und Lernen eine große Leistung sei.

Weitab vom brausenden Leben, tief im Tale hinter Wäldern versteckt, liegt Zeisholz; hier glaubte ich, weil selten ein Redner sich dorthin verirrt, eine gute Versammlung zu finden. Leider wurde ich enttäuscht. Von der 806 Kameraden starken Belegschaft waren nur 20 erschienen, so daß es sich gar nicht lohnte, eine Versammlung abzuhalten. Und gerade dort, erklärten mir die Kameraden, sei es nötig.

In Bockwitz waren die Betriebsräte und Vertrauensleute erschienen. Anfänglich begegnete ich Widerspruch, aber bald war nicht einer mehr in der Versammlung der sich der Macht der Tatsachen verschließen konnte. Nur recht oft müssen solche Vorträge gehalten werden; es tut ordentlich wohl, wenn einmal nicht geschimpft sondern gelehrt wird, war die einstimmige Meinung.

Am letzten Tage sprach ich in Domsdorf und Tröbitz. In beiden Orten ließ der Besuch zu wünschen übrig. Mit dem Gehörten waren die Kameraden einverstanden. Die Kameraden selbst bedauerten den flauen Besuch.

Im allgemeinen bin ich mit dem Erfolge der Versammlungen zufrieden. Nirgends hat sich grundsätzlicher Widerspruch gegen den Verband bemerkbar gemacht — im Gegenteil, die Kameraden haben die Ueberzeugung, daß ihre alleinige Stärke im Verband liegt und versprachen, allen Zersplitterungsversuchen entschieden entgegenzuarbeiten. Um das Verbandsleben reger zu gestalten, die Fühlung selbst mit der entlegensten Zahlstelle aufrecht zu erhalten, kann ich solche Versammlungstouren, mit guten Rednern besetzt, nur empfehlen. Dinge, über die die Kameraden keine oder nur unklare Vorstellungen haben, können dort besprochen und verständlich gemacht werden. Und mancher „Bonze", der von weitem als ein gehaßtes Unternehmerreptil gilt, kann sich zur Freude des Verbandes im persönlichen Verkehr seine und des Verbandes angegriffene Reputation verbessern. „Merschtens beißen die Beller nicht." Im Uebrigen macht sich die Notwendigkeit der Durchführung des Antrags Und mich auf der Cöthener Konferenz, für den Bergbau eine Einheitsorganisation zu schaffen, immer fühlbarer. W. Hesse, Halle.

## Um die Sozialisierung im Lugau-Oelsnitzer Revier.

Am 28. November fand in Lugau eine vom Bund der technischen Angestellten und Beamten und unserem Verband einberufene Versammlung statt, die von ungefähr 30 Beamten des Bergbaues sowie über 200 Betriebsräten und Funktionären unseres Verbandes besucht war. Auf der Tagesordnung stand die Sozialisierung des Bergbaues. Der Referent, Kollege Holzapfel-Berlin, entledigte sich seiner Aufgabe in sachlicher und treffender Weise, wofür ihm allseitiger Beifall zuteil wurde. Kamerad Uhlmann verlas hierauf folgende Entschließung und stellte dieselbe mit zur Aussprache:

„In der klaren Erkenntnis, daß die Arbeitnehmer die Mitverantwortung für die Weiterentwicklung des Wirtschaftslebens tragen und mit Rücksicht darauf, daß nur die Ueberführung der privatkapitalistischen Wirtschaft in die Gemeinwirtschaft eine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeitnehmer des gesamten deutschen Volkes sowie der Wirtschaftslage Deutschlands verbürgt, fordern die am 28. 11. 20 in der „Goldenen Sonne" in Lugau versammelten Arbeitnehmer ihre Organisationen auf, unter Einsatz aller gewerkschaftlichen Mittel für die sofortige Vollsozialisierung des gesamten Bergbaues einzutreten."

Der Vertreter der Beamten, Herr Kubach, erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten im allgemeinen einverstanden. Zur Resolution gab er für die Beamten die Erklärung ab, daß sie für diese nicht stimmen können. — Das Wort „Voll"-Sozialisierung hatte es ihm angetan. Zwar wollten auch sie das alte System im Bergbau beseitigt haben, — in welcher anderen Form, darüber machte Herr Kubach keine Angaben. Kamerad Uhlmann kritisierte in scharfen Worten die schwankende Haltung der Grubenbeamten im hiesigen Revier und sprach sein Bedauern darüber aus, daß diese sich bis heute zu keiner klaren Erkenntnis durchgerungen haben. In diesem Kampf um die Sozialisierung könne es nur ein Hüben oder Drüben geben. Man habe versucht, die Bergarbeiter als Vorspann zur Erreichung von Verbesserungen zu benutzen, für die selbst einzutreten man nicht den richtigen Mut habe aufbringen können. An der Hand von Beweisen wies Kamerad Uhlmann die pendelnde Haltung der Beamten nach. Ein großer Teil der anwesenden Beamten fand erfreulicherweise auch den Mut, zu erklären, daß sie die Ausführungen ihres Vertreters nicht unterstützen und sich mit den Halbheiten und Schwankungen des Reichsverbandes der Grubenbeamten nicht einverstanden erklären können. Alle Kameraden, welche sich an der Debatte beteiligten, sprachen sich gegen den Stinnes-Vorschlag, Kleinaktien an die Bergarbeiter auszugeben, entschieden aus. Dadurch würde der Egoismus aufs Aeußerste aufgestachelt werden und der Kampf, Arbeiter gegen Arbeiter, aufs Schärfste entbrennen. Dieser von Stinnes und Konsorten ausgeheckte Plan ist so plump, daß die Arbeiter unmöglich darauf hineinfallen können. — Zum Schluß forderte der Referent zum festen Zusammenschluß der Beamten und Arbeiter auf. Hierauf fand die Entschließung einstimmige Annahme.

## Kommunist Bruno Seifert.

In Nr. 33 der „Bergarb.-Ztg." berichteten wir, eine wie zweifelhafte und unheilvolle Rolle der Kommunist Bruno Seifert bei dem Putsch im Zwickauer Steinkohlenrevier spielte. Ueber diesen „echten, wahren Revolutionär" entwirft das soziald. „Sächsische Volksblatt" nun folgendes Bild:

„Wer ist er und was ist er? Er ist Kommunist und Zersplitterer der Bergarbeiterorganisation, indem er die kommunistische Bergarbeiterunion im Zwickauer Revier gründete. Bruno Seifert beschimpfte die alten, erprobten Gewerkschaftsführer, diese seien Arbeiterverräter, Bonzen, Lumpen und wer weiß was alles, und die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften hätten sich zu Interessenvertretungen für das Kapital erniedrigt. Er mimte den Radikalen und verspeiste jeden Tag zum Frühstück ein Dutzend Kapitalisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbonzen". Er pries sich als den „echten, wahren Revolutionär", und leider gibt es eine Anzahl urteilslose Arbeiter, die ihn als Messias betrachteten und ihm blindlings zujubelten. Und es ist ein betrübendes Zeichen für die durch den Krieg hervorgerufene Geistesverwirrung mancher Arbeiter, daß sie ihn auch heute noch als Messias betrachten, trotzdem sie wissen, daß er bereits früher dreimal dabei ertappt worden ist, als er seine Kameraden regelrecht bestahl, indem er an vollen Kohlenwagen anderer Kameraden die Nummerzeichen mit den seinigen vertauschte. Für diesen Schritt haben auch einige Tausend Bergarbeiter leichtgläubiger Weise im Juli d. Js. bis zu acht Arbeitstagen gestreikt, weil sie sich von ihm anlügen ließen, er sei gemaßregelt worden, und sie achteten nicht auf die dringenden Warnungen der hiesigen Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes.

Vor kurzem war Seifert mit dabei, als in Eberbrunn eine Anzahl Kommunisten verhaftet wurden, die mit 25 Gewehren und 3 Handgranaten unterwegs waren nach Falkenstein, um dort eine Sowjetrepublik zu errichten. Jetzt sitzt er in Untersuchungshaft dieserhalb. Und nun müßte er als „echter Revolutionär" doch Proben seines revolutionären Mutes und seiner echten kommunistischen Ueberzeugung ablegen und das Vertrauen seiner Gläubigen rechtfertigen. Sozialdemokraten und Gewerkschaftsangestellte, die von Seifert und seinem leichtgläubigen Anhang als Arbeiterverräter beschimpft werden, sind wenigstens, wenn sie ihrer Ueberzeugung wegen ins Gefängnis oder Zuchthaus mußten, in ihrer Ueberzeugung und ihrer Treue zur Arbeiterschaft gefestigt geblieben, Bruno Seifert aber ist beim ersten Zupacken schon zusammengeknickt wie ein nasser Sack. Das beweist folgender Brief, den er aus dem Gefängnis an die Verwaltung des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienvereins geschrieben hat.

„Zwickau (Sachsen), den 26. 10. 20. Gefangenanstalt.

Sehr geehrter Herr Schichtmeister!

Sie werden höflichst entschuldigen, daß ich Sie mit einem Briefe belästige.

Ich, Bruno Paul Seifert, der früher Betriebsrat des Vertrauensschachtes, ich muß mein Vorgehen damals bedauern, ich habe mich bis dato als Mittel zum Zweck für andere benutzen lassen, bin nun dadurch, daß meine Familie, den Schaden hat, einen anderen Ueberzeugung gekommen. Bitte Herrn Schichtmeister und Herrn Generaldirektor Jobst nochmals höflichst um Entschuldigung. Ich würde mich zum Dank wenn Herr Generaldirektor mich als Grubenarbeiter in einen seinen Betrieben, befindlichen Schacht einstellen würde, haben die Herren wenigstens Rücksicht zu meiner Familie also kranke Frau 5 Kinder, das älteste 15 Jahre und blödsinnig. Aus Dank für die Einstellung würde ich mich ganz Ihnen zur Verfügung stellen, von jeder gewerkschaftlichen und politischen Sache würde ich mich fern halten. Ich würde Ihnen zum Dank sogar jetzt die 8 stunden Schicht bringen.

Hochachtungsvoll Ihr ergebenster

Bruno Seifert.

Was wir stets gesagt haben wird hier bestätigt: Diese revolutionär tuenden radikalen Maulhelden sind in Wirklichkeit nichts anderes als rot angepinselte Gelbe, die nur auf Postenjägerei ausgehen, und wenn sie dabei verunglücken, dann lecken sie den Unternehmern wieder die Füße.

# Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 51. Woche (vom 13. bis 18. Dezember 1920) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

An die Ortsverwaltungen! Durch das Einsenden der nicht mehr gebrauchten Beitragsmarken von den Ortsverwaltungen an die Hauptkasse sind wiederholt Differenzen entstanden, indem die einliegenden Marken mit der später oder früher gemachten Mitteilung nicht übereinstimmten.

Um ähnliche Vorkommnisse zu vermeiden, ersuchen wir die Ortsverwaltungen, derartige Markenbriefe unter Einschreiben zur Post zu geben. Die Hauptkasse.

**Für Mitglieder, Ortsverwaltungen, Betriebsräte und Bezirksleitungen des Ruhrgebiets zur dringlichen Beachtung.**

(Ausschneiden und aufbewahren!)

Uns gehen mehrfach Beschwerden in Tarifsachen zu, die nicht allgemeine und grundsätzliche Fragen, sondern Spezialfälle betreffen, ferner auch solche Anfragen und Beschwerden, die sich auf Grund der Bestimmungen und auf dem dafür gegebenen Wege ohne weiteres erledigen lassen.

Für die Erledigung solcher Streitfälle kommt zunächst der Betriebsrat und die Bezirksleitung in Frage. Die Mitglieder müssen sich also erst an diese wenden. Das Hauptbureau greift auf Ersuchen durch Verhandlungen mit dem Zechenverband erst dann ein, wenn den vorgenannten Instanzen die Erledigung nicht möglich ist. Bei derartigen Ersuchen muß zugleich mitgeteilt werden, was bereits geschehen ist und warum die Angelegenheit nicht erledigt werden konnte. Vor allen Dingen muß angegeben werden, mit welchen Gründen die Werksverwaltung ihr evtl. ablehnendes Verhalten stützt.

Wir werden also in Zukunft Eingänge, für deren Erledigung die oben bezeichneten Vorverhandlungen in Frage kommen und sie nicht durchlaufen haben, den zuständigen Bezirksleitungen zustellen; ein vorheriges Nachhiersenden ist also gänzlich zwecklos.

Eingaben an den Tarifausschuß um Entscheidung über Streitfälle, die allgemeine und grundsätzliche Fragen betreffen, müssen unter Darstellung des Sachverhalts und der Vorverhandlungen sowie ausdrücklicher Hervorhebung der Stellungnahme der Zechenverwaltung und der hierfür angegebenen Gründe durch die Bezirksleitungen oder Arbeitersekretariate an uns eingereicht und werden von hier aus weitergeleitet.

Tarifabteilung für das Ruhrgebiet.

### Bücherrevisionen.

Die Mitglieder werden gebeten, die Mitgliedsbücher bereit zu halten, um den Revisoren die Arbeit zu erleichtern.

Wethmar. Vom 15. Dezember an.

Bockwitz. Vom 15. Dezember an.

### Bibliotheken.

Bergerhausen II. Ausgabe jeden Sonntag vom 10—12 Uhr im Lokale Kurzrodt.

### Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Kupferdreh. Die Auszahlung des Krankengeldes findet in Zukunft am 2. und 4. Sonntag eines jeden Monats beim Kassierer, Clemens Neuhaus, Talstraße 5, statt.

Großbodungen. Krankengeld ist beim Kassierer Freiberg abzuheben.

### Adressenveränderungen.

Zahlstelle Eving I. Als Kassierer fungiert jetzt der Kamerad Friedrich Wolf, Jakobstr. 15.

Für den Bezirk Meuselwitz-Altenburg ist die Stelle eines Lokalbeamten zu besetzen. Reflektiert wird nur auf eine gute Kraft, die in allen gewerkschaftlichen Fragen bewandert ist. Erforderlich ist fünfjährige Mitgliedschaft in der Organisation. Bewerbungen mit Lebenslauf und einem Aufsatz über Aufgaben eines Gewerkschaftsangestellten sind bis zum 20. Dezember d. Js. an die Bezirksleitung Zeitz, Schützenstr. 1b, zu richten.

Aufruf! Der Musketier Karl Klein II, Inf.-Regt. 172, 11. Komp., ist seit dem 1. 11. 1914 bei Den Vörde (Ypern) vermißt. Zweckdienliche Nachrichten an Wilh. Klein, Herne, Dammstr. 1, erbeten.

Erklärung.

Die Beleidigung, die ich gegen den Kameraden Gustav Wishar in Karnap ausgesprochen habe, er habe jemand an die Reichswehr verraten, nehme ich als unwahr zurück und warne vor Weiterverbreitung. A. Folgmann.

Knappschaftsältestenkommission Bochum.

Am Sonntag, den 19. Dezember 1920 nachmittags 3 Uhr, im Verbandsheim, Wiemelhauserstr. 38—42: Quartalsversammlung.

**Wandkalender** mit Post-Tarif (Stück 20 Pf.) zu beziehen von H. Hansmann & Co., Bochum

**Taschenkalender für 1921**

ist erschienen und für Mitglieder des Bergarbeiterverbandes zum Preise von 5 Mk. (im Buchhandel 7,50 Mk.) durch die Ortsverwaltungen zu beziehen von H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauserstraße 42.